

ZEITUNGSPROJEKT ANTIRASSISTISCHER UND ANTIFASCHISTISCHER GRUPPEN

Greift ein!

Schaut nicht länger weg!
Wehrt Euch gegen
rassistische und
faschistische Überfälle!

2,– DM Spende erbeten

INHALT

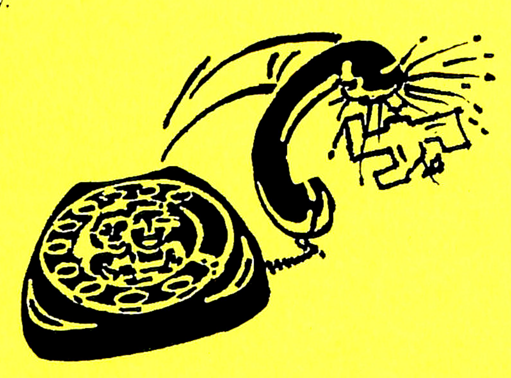
IMPRESSUM

Das ZAG (Zeitungsprojekt Antirassistischer und Antifaschistischer Gruppen)
wird gemeinsam von der Antirassistischen Initiative e.V.
und dem Antifa-Infotelefon herausgegeben.
V.i.S.d.P Sabine am Orde, Sabine Seyb

Erscheinungsweise 4mal jährlich
Druck: Eigendruck im Selbstverlag/Druckerei AStA TU Berlin

Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Mai 1992
Redaktionsschluß ist spätestens der 15. April
Die Redaktion ist erreichbar über das Antifa-Info-Telefon
(030/6921599; Oranienstr. 21, W-1000 Berlin 36)
oder über die Antirassitische Initiative
(Antirassistisches Telefon: 030/8619422; c/o Fabrik Osloer Str., Osloer Str. 12,
W-1000 Berlin 65)
Artikel, Abos usw. bitte an die Adresse der Antirassistischen Initiative e.V.
oder FAX-Nr.:030/785 82 12, ab März 1992: 030/852 08 15

Spenden dringlichst erbeten!
Konto:
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 20 500
Kontonr.: 303 96 00



VORWORT

Sechs Monate nach Hoyerswerda herrscht wieder Ruhe im Land. Zumindest liegt der Eindruck nahe, wenn man/frau von der Presseberichterstattung der bürgerlichen Medien ausgeht. Wenn rassistische Schläger mal wieder jemanden zusammenschlagen, ist das höchstens noch eine Kurzmeldung wert. Ist ja auch langweilig auf Dauer. Daß nach wie vor Flüchtlinge aus Sammelunterkünften fliehen, weil sie rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind, daß sich Flüchtlinge nach wie vor in Norderstedt, in Berlin und anderswo gemeinsam organsieren, um ihre politischen Forderungen durchzusetzen, interessiert bis auf einige wenige niemanden mehr. Aber warum auch? Die „ausländerfreundlichen" Kampagnen laufen schließlich auf vollen Touren: „Ich bin ein Ausländer", „Dem Haß keine Chance" und „Halt der Gewalt" und wenn das immer noch nicht reicht, damit das Gewissen endlich Ruhe gibt, schnappen wir uns Weihnachten einen Flüchtling unterm Tannenbaum und feiern ganz friedlich. Und so schlimm sind wir ja eigentlich gar nicht. Die im Osten sind sowieso alle viel schlimmer, die hatten ja auch nie so die Möglichkeit, gemeinsam „mit ihren ausländischen Mitbürgern" Weihnachten zu feiern.
Die Forderung „Freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge", geht ja auch wirklich zu weit. Wo bleibt denn da die Rechtsstaatlichkeit? Die wird schließlich in Frage gestellt, wenn die Flüchtlinge absolut nicht in den ihnen zugewiesenen Heimen bleiben wollen, wo sie rassistischem Terror ausgesetzt sind. Wo kommen wir da hin? Diese Frage wird nicht nur von den Damen und Herren in Bonn gestellt. Nein, auch humanistische und kirchliche Organisationen sehen die Flüchtlinge lieber im Osten. Denn wie sollen sonst die Gelder fließen, die zum Aufbau einer Infrastruktur in den neuen Bundesländern so dringend benötigt werden? – Soweit so schlecht.

Aber: Soll sich doch mal jemand wagen, die Interessen z.B. der Flüchtlinge kontinuierlich zu unterstützen. Sind ja alles nur Chaoten, die die Flüchtlinge für ihren autonomen Quatsch instrumentalisieren wollen. Erst mußten sich die Leute in den Wohnheimen zusammenschlagen lassen und dann wurden sie von sog. UnterstützerInnen auch noch unter Gewaltandrohung entführt. In Norderstedt zum Beispiel. Und im Übrigen gilt es, dem rassistischen Mob mit Härte und Entschlossenheit entgegenzutreten. Und deshalb müssen sich Menschen solange verprügeln und anspucken lassen, bis der Mob endlich gelernt hat, daß das gar nicht nett ist, was er da tut. – Nach dem Motto: Kennenlernen und verstehen.
Aber im Ernst: Selbstverständlich sollen die humanistischen und kirchlichen Organisationen ihre Infrastruktur aufbauen. Doch darf das bitteschön nicht zum Selbstzweck werden. Und selbst mit einer gut funktionierenden Infrastruktur in allen Bundesländern, muß es den Flüchtlingen überlassen bleiben zu entscheiden, wo und in welcher Form sie leben wollen. Denn, daß gerade die Lager, unabhängig davon ob in den alten oder in den neuen Bundesländern, bevorzugte Ziele sind für rassistische Angriffe läßt sich ja wohl kaum bestreiten.

Noch einige Infos zum ZAG:

Unsere finanzielle Situation ist völlig ungesichert. Die ersten beiden Ausgaben hat der ASTA der Technischen Universität Berlin finanziert. Wir wußten von Anfang an, daß der ASTA nicht in der Lage ist, die Kosten für das ZAG kontinuierlich zu tragen. Er kann keine Dauerfinanzierungen übernehmen. Das gleiche gilt für die anderen potentiellen GeldgeberInnen in der Stadt. Trotzdem ist es uns auch weiterhin wichtig, uns die Möglichkeit offenzuhalten, das ZAG auf Spendenbasis zu verteilen, auszulegen und zu verschicken. Bzw. können Gruppen, die kein Geld haben, das ZAG auch umsonst bekommen. Deshalb fänden wir es ganz wunderbar, wenn die Gruppen und Einzelpersonen, die es sich leisten können, mehr als die vorgeschlagene Spende zahlen.
Auf jeden Fall gibt es ab sofort einen 100-prozentigen Preisanstieg von einer Mark auf zwei Mark!
Die Versandkosten werden wir auch den Gruppen, die fürs ZAG nichts zahlen können, berechnen müssen – sorry!
Im Übrigen lieben wir fleißige HandverkäuferInnen, denen wir für ihren Idealismus keine müde Mark bezahlen können.

Trotz unserer finanziellen Misere, sind wir wild entschlossen, weiter zu machen. Zusätzlich bestärkt in unserem Vorhaben wurden wir durch die positiven Reaktionen auf die erste Ausgabe.
Nach wie vor gilt deshalb:
Wir wollen im ZAG Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, über Widerstand gegen rassistische und faschistische Gewalt, über antirassistische, antifaschistische Aktionen berichten und die Meldungen, die bei den Infotelefonen eingegangen sind, dokumentieren.
Das ZAG soll nicht nur uns, sondern vor allem auch anderen antirassistischen und antifaschistischen Gruppen Raum bieten, ihre Informationen, Einschätzungen, Selbstdarstellungen, Ankündigungen ... zu veröffentlichen. Die Qualität des ZAG wird entscheidend von Eurer Mitarbeit abhängig sein.

Wir wollen auch dazu auffordern, das Wegsehen und Schweigen bei rassistischer Gewalt und Diskriminierung aufzubrechen – denn: Wer schweigt macht sich mitschuldig!
Deshalb gebt Eure Informationen und Erfahrungen an die Infotelefone weiter. Das ist wichtig, u.a. um eine starke Gegenöffentlichkeit zu schaffen, Aktionen durchzuführen und die von Rassismus Betroffenen solidarisch zu unterstützen.

Soweit es uns möglich ist, werden die bei uns eingehenden Artikel wörtlich übernommen. D.h. die Beiträge, die von Einzelpersonen oder Gruppen unterzeichnet sind, spiegeln nicht unbedingt (weder in Wortwahl noch inhaltlich) die politischen Standpunkte der Redaktionsgruppe wieder.
Bei Artikeln, die uns unaufgefordert zugesandt werden, behalten wir uns – möglichst in Absprache mit dem/der AutorIn – Kürzungen und Kommentare vor.

Die Redaktionsgruppe

WER WIR SIND – DAS ANTIFA-INFO-TELEFON

Mit der Wiederherstellung Deutschlands durch den Anschluß der DDR haben rassistische und faschistische Positionen einen enormen Auftrieb erhalten. Überfälle, Bedrohungen, Anpöbeleien gegen AusländerInnen, Frauen, Schwule und Lesben und alle Menschen, die nicht in das Bild vom „guten Deutschen“ passen, sind inzwischen alltäglich geworden. Die in den Medien bekanntgewordenen Übergriffe stellen nur die Spitze des Eisbergs dar. Die rassistische Verhaltensweisen werden durch den Staat und die ihn tragenden Parteien geschürt. Durch die sogenannte Asyldebatte werden die hier lebenden AusländerInnen weiter ausgegrenzt und die Rassisten zu ihren Übergriffen ermuntert. Diese werden wiederum von deutschen Politikern zum Anlaß genommen, die Lebensbedingungen der hierhin flüchtenden Menschen zu verschärfen oder eine „Regulierung“ der Einwanderung in die BRD zu fordern. So werden die Betroffenen – direkt oder indirekt – für den Rassismus hier verantwortlich gemacht. Umgekehrt werden die Taten als Reaktion von frustrierten und ökonomisch verunsicherten Jugendlichen interpretiert, die Täter also zu Opfern gemacht.
Aber die Bedrohung der hier lebenden AusländerInnen wird nicht nur benutzt, um rassistische Positionen in repressive Politik umzusetzen. Auch die Menschen, die sich um die Situation von AusländerInnen immer erst dann kümmern, wenn es zu Übergriffen kommt, instrumentalisieren die AusländerInnen, sie werden als Objekte (der Angriffe oder des Schutzes) dargestellt und so in eine passive Opferrolle gedrängt. Flüchtlinge, die sich wehren, werden kriminalisiert, Ansätze selbstbewußten Handelns zerschlagen. Beispielhaft für diese Politik ist das Vogehen der Staatsmacht gegen die TeilnehmerInnen an der Trauer-Demo für Mete Eksi am 16.11.1991. Mit der Errichtung des EG-Binnenmarktes wird sich die Situation für Flüchtlinge drastisch verschärfen. Gleichzeitig mit dem Fortfall der Binnengrenzen der EG sollen die Außengrenzen abgeschottet und verfolgte Menschen schon in ihren Herkunftsländern zurückgehalten werden. Das Instrumentarium für diese Politik liefert das „Schengener Abkommen“, das bisher von Frankreich, den Beneluxländern und der BRD unterzeichnet wurde. Die anderen EG-Staaten sollen diesem Abkommen 1992 beitreten. So soll eine Einwanderungspolitik durchgesetzt werden, die sich an den Verwertbarkeitsinteressen des Kapitals orientiert. Von dieser Entwicklung werden Frauen besonders betroffen sein, die wahrscheinlich mit noch größerer Ausschließlichkeit gezwungen sein werden, ihre Körper auf dem Gebiet der Prostitution oder Ehe an die weißen Wohlstandsmänner zu verkaufen.
Durch das „Schengener Abkommen“ werden auch die innereuropäischen Repressionsstrategien koordiniert und vereinheitlicht. So sieht es eine Zusammenarbeit in den Bereichen Geheimdienste und Polizei, innere Sicherheit, Terrorismusbekämpfung und Fahndung vor. Damit werden die Grundlagen geschaffen, jeden Widerstand gegen die Weltmacht Europa unter deutscher Hegemonie zu kriminalisieren.
Durch den Zerfall des „real existierenden Sozialismus“ ist die Linke in praktisch allen Politikbereichen noch mehr an den Rand gedrängt worden, als es bisher eh' schon der Fall war. Gleichzeitig sind Positionen, die bisher nur auf dem äußersten rechten Rand zu finden waren, gesellschaftlich hoffähig geworden. Die meisten Medien haben sich dieser Entwicklung angeschlossen. So ist der Mitte der 80er Jahre ausgefochten Historikerstreit über die Vergleichbarkeit der Verbrechen des deutschen Faschismus durch die Gleichsetzung von Faschismus und Stalinismus in den Medien praktisch entschieden. Rassistische und antikommunistische Schmutzkampagnen sind alltäglich geworden. In diesem aggressiven, rassistischen und nationalistischen gesellschaftlichen Klima können militante FaschistInnen unbehelligt ihre Organisationsstrukturen auf- und ausbauen, Aufmärsche und Veranstaltungen durchführen, während gleichzeitig linke Freiräume immer mehr eingegrenzt werden. Die Akzeptanz der FaschistInnen in der Gesellschaft geht sogar so weit, daß sie Objekte öffentlicher Zuwendungen (z.B. durch ABM-Stellen und Sozialprojekte) werden. Auf der anderen Seite wird die Unterstützung fortschrittlicher Projekte zusammengekürzt oder gestrichen. Diese Situation stellt neue Anforderungen an die antifaschistische Politik.
Der Zerfall linker Strukturen ist auch an uns nicht spurlos vorübergegangen. Ein Teil der Leute, die das Antifa-Info-Telefon bisher mitgetragen haben, hat sich zurückgezogen. Wir wollen durch das Antifa-Infotelefon weiterhin die antifaschistische Selbsthilfe unterstützen und Gegenöffentlichkeit schaffen.

Wendet euch an uns, wenn ihr Informationen oder Unterstützung braucht. Wir sagen euch aktuelle Veranstaltungen und Termine an und vermitteln euch Kontakte zu antifaschistischen und antirassistischen Initiativen. Wir sind aber keine „Antifa-Feuerwehr“, das heißt, in den wenigsten Fällen werden wir ein direktes Eingreifen leisten können.
Meldet uns, wenn ihr eine Gruppe oder Initiative gegründet habt und wollt, daß Leute zu euch kommen. Sagt uns Bescheid, wenn ihr eine Veranstaltung plant.
Informiert uns über faschistische Umtriebe: Wo treffen sich FaschistInnen? Wo verteilen sie ihre Propaganda? In welchen Stadtteilen versuchen sie, sich breit zu machen? An welchen Schulen oder in welchen Betrieben agitieren sie? Wo kleben sie Plakate, Aufkleber usw.?
Informiert uns über faschistische und rassistische Angriffe und Bedrohungen: Habt ihr Bedrohungen, Angriffe oder Diskriminierungen mitbekommen oder wart ihr selbst davon betroffen? Wo wird versucht, Leute in Parks, U-Bahnen, Discotheken, Kneipen usw. einzuschüchtern? Habt ihr Anpöbeleien, Angriffe, Drohbriefe und/oder -anrufe oder ähnliches mitbekommen oder wart selbst betroffen?
Wir tragen die bei uns angekommenen Informationen zusammen, geben sie antifaschistische und/oder antirassistische Gruppen weiter und veröffentlichen sie gegebenenfalls.

Ihr erreicht uns samstags von 18 bis 21 Uhr unter der Nummer 6921599. Außerhalb dieser Zeit ist ein Tonband eingeschaltet, auf dem einerseits über aktuelle Termine informiert wird und auf dem ihr andererseits eine Nachricht hinterlassen könnt.

AUSGEWÄHLTE MELDUNGEN DES ANTIFA INFO TELEFONS

TEL. 030/6921599, BESETZT SA: 18–21 UHR (SONST ANRUFBEANTWORTER)

RASSISTISCHES KONZERT VERHINDERT

Bereits zwei Wochen vorher erfuhren wir, daß am 9.12.91 die Band „Type-o-negative" mit ihrem faschistischen Sänger Peter Steele im Ecstasy auftreten wollten. Es riefen mehrere Antifagruppen dazu auf, das Konzert zu verhindern. Tatsächlich sagte das Ecstasy zähneknirschend aufgrund des Drucks von außen das Konzert ab, mit dem Hinweis, dieses irgendwann nachholen zu wollen. Dem Ecstasy war es anscheinend nicht nur gleichgültig, eine faschistische Band spielen zu lassen, der Betreiber Thomas Spindler schien recht angetan von dieser Band zu sein. Dabei hatte das Ecstasy bisher einen eher linken Ruf, da dort oft gute linke Bands aufgetreten sind. Dieser ist jetzt hoffentlich hin, zumal sich das Ecstasy sich nicht davor scheute, mit der Band statt des Konzerts eine Pressekonferenz zu machen. Da sie sehr kurzfristig angesagt war, war es uns leider nicht möglich, dort zu erscheinen. So konnte sich die Band von den Vorwürfen ausreichend distanzieren und sich als Opfer der Antifas und Autonomen darstellen. Die Zeitungen berichteten deshalb z.T. recht positiv von der Band oder erwähnten kaum die gegen Steele angebrachten Vorwürfe, die Aktionen von Antifas am Konzertabend, bei denen Scheiben des Ecstasy's zu Bruch gingen, wurden dagegen als unbegründete Randale dargestellt.
Die Fakten liefert der Sänger der Band höchstpersönlich in Interviews, die in Metal-Zeitschriften veröffentlicht wurden. Er spricht sich im „Thunderbold" für eine Rassentrennung aus, bezeichnet Sozialhilfeempfänger als Untermenschen, welche mensch „unter die Erde bringen" sollte und er würde, wenn es eine gesetzliche Möglichkeit gäbe, seine „ehemalige Freundin gerne mit der Spitzhacke umbringen". Außerdem sagte Steele, er würde „jede rechte Gruppierung – egal wie radikal oder extrem sie ist- unterstützen". Es gibt noch mehr Beispiele, bei denen klar wird, daß er sich nicht von faschistischem Gedankengut distanziert und er entlarvt selbst seine in der Pressekonferenz formulierte Behauptung, „sie seien weder Faschisten, noch Sexisten oder Rassisten" als medientaktisches Kreidefressen. Solche Aussagen lassen sich nicht damit abtun, Steele sei „nur" ein Menschenfeind.
Auch in Hamburg und Essen mußten die Konzerte von „Type-o-negative"abgesagt werden.

DEN TÄTER ZUM OPFER GEMACHT

Am 25. 11. 91 kam es an der Hermann-Hollerith-Berufsschule in Berlin Steglitz zu einer Zuspitzung einer Auseinandersetzung zwischen dem Schüler Cem Bilgin und dem Leiter der Schule, Hansjörg Ebert, der seit langem als rassistisch und reaktionär bekannt ist.
Nachdem dem Schüler ein mehrtägiger Ausschluß vom Unterricht erteilt worden war, suchte dieser den Schulleiter zu einer Unterredung auf. Ebert verweigerte auf diskriminierende Art und Weise dieses Geprüch. Daraufhin kam es zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung, bei der Ebert durch Stichwunden verletzt wurde. Dieser Vorfall wurde noch nicht vor Gericht geklärt.
Die Konsequenzen bis jetzt: Cem Bilgin sitzt in U-Haft in der Jugendstrafanstalt Plötzensee, der Schulleiter kocht seine private rassistische Hetzkampagne in den Medien. Bis auf die Einleitung disziplinarrechtlicher Ermittlungen hat Ebert nichts zu befürchten. Er ist immer noch im Amt.
Der Vorfall hat mittlerweile in den Medien ein großes Echo gefunden, eine SchülerInnengruppe zur Unterstützung Cem Bilgins hat sich gebildet. Interessierten Menschen können wir einen Kontakt mit der UnterstützerInnengruppe vermitteln. Es wäre zu hoffen, das eine große Öffentlichkeit entsteht, die genügend Druck ausüben kann, daß solche Schulleiter wie Ebert nicht mehr in Schulen toleriert werden.

NEUJAHRSGRÜSSE VON NEONAZIS

Mitunter bieten sich seltsame Bündnispartner an, so wie die British National Front, die zum Jahreswechsel Neujahrsgrüße auf dem Anrufbeantworter hinterließ und ankündigte, daß sie mit britische Antifas zusammenarbeiten wollen, um die hiesigen Antifas in ihrer Arbeit gegen deutsche Neonazis zu unterstützen.
Wie real diese Ankündigung auch immer sein mag, es ist zumindest nicht das erste Mal, das sich nationalrevolutionäre Neofaschisten der Linken als Bündnispartner anbieten. Mit der Argumentation, Nationalrevolutionäre und Linke sind antikapitalistisch, beide haben also den gleichen Gegner, wird eine gemeinsame Ausgangsbasis vorgetäuscht.
Doch bis auf die linken Worthülsen sind keine Gemeinsamkeiten da, sie sagen, sie wollen eine „nationale Revolution" und denken an die „Volksgemeinschaft", sie sagen, sie unterstützen den „nationalen Befreiungskampf der Völker" und denken an Ethnopluralismus, sie sagen, sie wollen Basisdemokratie und denken an eine „Leistungselite aus dem Volk", sie sagen, sie sind antikapitalistisch und denken völkisch-national.
Jetzt noch ein paar Fakten zur National Front:
Die militant neofaschistische Bewegung British National Front entstand 1967 aus dem Zusammenschluß verschiedener Organisationen. Die BNF konnte in den 70 er Jahren einige Erfolge bei Wahlen erzielen, ihre Mitgliederzahl vergrößerte sich von 2000 (1967) auf 20 000 (1977). Durch die aktive Gegenwehr der Anti-Nazi-League und durch Abspaltungen innerhalb der BNF wurde das Anwachsen der BNF gestoppt.
Mitte der 80 er Jahre wurde die BNF unter dem Einfluß von militanten italienischen Faschisten der NAR (Nuclei Armati Revolutionari/bewaffnete revolutionäre Zellen) in eine nationalrevolutionäre Kaderorganisation umgewandelt. Die Anzahl ihrer aktiven Mitglieder wird nach einer weiteren Spaltung auf ca. 500 geschätzt.

KEINEN FUSSBREIT DEM FASCHISMUS – SEID WACHSAM !!!

NOCH IMMER KEINE ANKLAGE WEGEN DES TODES VON AMADEU ANTONIO

Die Staatsanwaltschaft bei dem Bezirksgericht Frankfurt/Oder hat wegen des gewaltsamen Todes von Amadeu Antonio immer noch keine Anklage erhoben. Der angolanische Vertragsarbeiter wurde in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 in der 60 km nördlich von Berlin gelegenen Kleinstadt Eberswalde-Finow von einer Gruppe Skinheads und sogenannten „heavy metals" derart geschlagen, getreten und geprügelt, daß er mit schwersten Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. In der selben Nacht wurden mindestens drei weitere Schwarze durch die gleichen Angreifer u.a. durch Messerstiche und Schläge mit einer Baseballkeule schwer verletzt. Amadeu Antonio verstarb am 6. Dezember 1990 im Krankenhaus an den Folgen des rassistischen Überfalls.

Noch in der Tatnacht nahm die Polizei zehn aktiv oder passiv an den Übergriffen Beteiligte fest. Zwei kamen vor den Haftrichter und landeten in Untersuchungshaft, die anderen konnten nach Feststellung ihrer .Personalien wieder nach Hause gehen. Gegen ein gutes Dutzend Jugendliche und Heranwachsende aus Eberswalde und dem an der deutsch-polnischen Grenze liegenden Gartz bei Schwedt/Oder ermittelt seitdem die Kriminalpolizei u.a. wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung mit Todesfolge – bislang ohne greifbares Ergebnis.

Die Gruppe aus Gartz, die sich offen als Skinheads bekennen, war am 24.11.90 nach Eberswalde gekommen, um das Wochenende mit gleichgesinnten „Kameraden" aus der rechten Szene zu verbringen. Am frühen Abend traf sich die Gruppe in der Wohnung eines in Eberswalde stadtbekannten Neo-Nazis und machte sich später auf den Weg in die Eberswalder Diskothek „Rockbahnhof". Auf dem Weg dorthin wurde dann schon mal ein sowjetischer Soldat angepöbelt und ihm die Mütze geklaut.

In der Disco befand sich an diesem Abend auch eine Gruppe der heavy metals aus Eberswalde. Gegen Mitternacht kam dann in der Disco nach übereinstimmenden Zeugenaussagen die „Idee auf, ein paar Ausländer anzugreifen". Alle Beteiligten wußten, daß an diesem Abend auch in der Eberswalder Gaststätte „Hüttengasthof" ein Discoabend veranstaltet wurde.

Der Hüttengasthof war der einzige Treffpunkt für die damals noch etwa 800 angolanischen und mozambikanischen Vertragsarbeiter und -auszubildenden in Eberswalde, in dem sie von rassistischer Anmache unbehelligt ihre Freizeit verbringen konnten. Auch Amadeu Antonio war an diesem Abend mit mozambikanischen und deutschen FreundInnen im Hüttengasthof.

Die Gruppe, die den Rockbahnhof verließ und sich zu Fuß in Richtung Hüttengasthof bewegte, war etwa 50-150 Personen stark. Unterwegs gingen die Scheiben mehrerer PKW zu Bruch und Zeugen berichten, daß sich einige Personen vermummt und mit Holzlatten bewaffnet haben.

In der Nähe des Hüttengasthofs, auf der Leninallee in Höhe der Chemischen Fabrik Eberswade, kam es dann zum gewollten Angriff: Jeweils kleinere Gruppen von Skinheads und heavy metals griffen mehrere Schwarze an, die sich zum Teil auf dem Heimweg von der Disco befanden oder in Erwartung eines rassistischen Angriffs vor dem Hüttengasthof Ausschau hielten. Einer der Schwarzen bekam einen Schlag mit einer Baseballkeule, ging zu Boden, konnte aber fliehen. Andere Schwarze, die sich verbal oder handfest wehrten, wurden von 5-10 Personen eingekreist und verprügelt. Einer bekam mit einem Messer mehrere Stiche in das Gesäß.

Der Angriff endete erst, als die Polizei mit mehreren Mannschaftswagen die Straße räumte. Zu diesem Zeitpunkt lag Amadeu Antonio bereits schwer veletzt und stark blutend am Straßenhand. Er, der eigentlich fliehen wollte, war den Skins und heavy metals direkt in die Arme gelaufen. Die Schnelle Medizinische Hilfe brachte ihn umgehend ins Krankenhaus, nachdem er zunächst ins Pförtnerhaus der Chemischen Fabrik in Sicherheit gebracht worden war.

Die Frage, warum die Polizei erst eingriff, als der Angriff bereits lief, ist ungeklärt. Bekannt ist aber, daß die Polizei an diesem Abend mit Attacken der Rechten rechnete. Ein Zivilkommando war auf die vom Rockbahnhof kommende Gruppe bereits aufmerksam geworden und hatte auch die polizeiliche Leitstelle informiert. Als es zu den Angriffen kam, schritten die Zivis aber nicht ein.

Presseberichte, die dieses Polizeiverhalten kritisierten, veranlaßten den Verband binationaler Familien und Partnerschaften/Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen (IAF) e.V. beim Innenminister des Landes Brandenburg, Ziel, eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die beteiligten Polizeibeamten zu stellen. Eine Antwort hat die IAF bis heute nicht erhalten. Sollte es tatsächlich noch zu einem Prozeß gegen die Täter von Ebers-



walde kommen, wird in diesem Prozeß auch die Rolle der Polizei zu klären sein.

Die auf fünf Bände angewachsenen Ermittlungsakten liegen derzeit der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder zur Entscheidung vor. Die polizeilichen Ermittlungen sind abgeschlossen. Die beiden Beschuldigten, die in Untersuchungshaft saßen – beides Skins aus Gartz – sind im September 1991 wieder auf freien Fuß gesetzt worden – allerdings unter Verhängung von Meldeauflagen. Begründung des Gerichts: Angesichts der langen Dauer der Ermittlungen sei die weitere Aufrechterhaltung der U-Haft unverhältnismäßig...

Unterdessen hat die Polizei, die Staatsanwaltschaft und das Bezirksgericht Frankfurt/Oder ihre „Erfolgsbilanz" in Sachen Bekämpfung des Rechtsextremismus vorgelegt: Von dem unaufgeklärten rassistischen Mord an Amadeu Antonio ist dabei nicht die Rede. Vielmehr rühmt sich der Polizeipräsident von Frankfurt/Oder, Lietsch, damit, daß die Aufklärungsquote im rechtsextremen Bereich „überdimensional gut" sei. Von insgesamt 63 Anklagen gegen 146 Beschuldigte, u.a. wegen der Angriffe auf polnische Reisende am Tage des Wegfalls des Visumzwangs, endeten bislang 16 Verfahren mit einer Verurteilung, wobei die Strafen jeweils zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Heinrich Büscher, Präsident des Bezirksgerichts Frankfurt/Oder, begründet die relativ milden Urteile damit, daß die rechtsextremen Hintergründe meist nur vorgeschoben seien. Vielmehr handele es sich meist um „Spontantaten, ausgelöst durch Alkohol, Gruppenzwang, fehlender Freizeitmöglichkeiten und der allgemeinen Perspektivlosigkeit der Jugendlichen in der ehemaligen DDR". Der Leiter der Staatsschutzabteilung der Frankfurter Bezirkskriminalpolizei, Butschke, setzt noch eins drauf, wenn er die ganze Diskussion um Rechtsextremismus als „viel zu laut" empfindet. Seine Analyse: erst das öffentliche Gerede habe die ostdeutschen Jugendlichen in das rechtsextreme Milieu gedrängt, „wenn es von allen Seiten heißt, sie gehören dazu, gehören sie irgendwann dazu".

Kein Wort über die Opfer, viel Verständnis für die Täter. Wäre dies auch der Fall, wenn die infolge der deutschen Vereinigung arbeitslos gewordenen, in der DDR bereits nahezu rechtlosen und seit dem Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigungen zum 31.12.91 von Abschiebung bedrohten schwarzen Vertragsarbeiter ihre Frustration durch Angriffe auf die weiße Mehrheitsbevölkerung Ausdruck veliehen?

Staatschützer Buschke ist übrigens einer der federführenden Ermittler in Sachen Tod von Amadeu Antonio. Vielleicht erklärt seine Einstellung zum „Problem Rechtsextremismus", warum die bisherigen Ermittlungen sich darauf konzentriert haben, einen Verantwortlichen für die tödlichen Schläge auf Amadeu Antonio zu finden, anstatt davon auszugehen, daß hier eine Gruppe aus gewalttätigem Rassismus gemeinschaftlich Jagd auf Schwarze gemacht hat und dabei tödliche Folgen zumindest billigend in Kauf genommen hat.

Weitere Informationen zum Tod an Amadeu Antonio bzw. zur Situation in Eberswalde könnt Ihr dem ZAG 1 entnehmen.
Und wir werden Euch auch in Zukunft informieren.

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V.

RECHTSEXTREMISMUS IN DER DDR

Sieben Thesen zu den Entstehungsbedingungen von Rechtsextremismus in der ehemaligen DDR. Bewußt außer Acht bleiben dabei die vielfältigen Versuche westdeutscher Neonazis im Osten neue „Kameraden" zu rekrutieren. Warum diese Versuche auf fruchtbaren Boden fielen und warum die Wessis an bereits bestehende Strukturen anknüpfen konnten sollen die folgenden Thesen zeigen.

1. Der Rechtsextremismus in der DDR bzw. in den fünf neuen Ländern ist kein Phänomen der Wende bzw. Ergebnis der Wiedervereinigung, sondern eine alte Erscheinung. Rechtsextremistische, rassistische Übergriffe gehen bis in die 60er Jahre zurück.

Schon allein die Tatsache, daß führende Funktionäre der Ostberliner „Nationalen Alternative" (besetzte Häuser in der Weitlingstraße in Lichtenberg) bereits bei der 1988 gegründeten „Bewegung 30. Januar" und zuvor bei der 1986 ins Leben gerufenen „Lichtenberger Front" ihr Unwesen trieben, deutet darauf hin, daß rechtsextremistische Aktivitäten und Strukturen Bestandteil der real existierenden DDR waren. Erstmals einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich wurde diese Tatsache durch den Überfall von Neonazis auf ein Punk-Konzert in der Zionskirche am 17. Oktober 1987 und den Prozeß gegen die Schänder des Jüdischen Friedhofs in der Schönhauser Allee im Zeitraum von November 1987 bis März 1988. Die zum Teil drakonischen Strafen (bis zu sechseinhalb Jahren) sind weniger dem antifaschistischen Selbstverständnis des Staates DDR geschuldet gewesen, sondern eher der Tatsache, daß die DDR zur gleichen Zeit mit dem Jewish Claims Comitee über eine symbolische Wiedergutmachung verhandelt hatte, um so den Weg für US-amerikanische Wirtschaftshilfe an die DDR freizumachen. Daß es bei den Verfahren nicht um die Taten mit ihrem Hintergrund ging, beweist die Anklage und Verurteilung wegen Rowdytum und Asozialität. Obwohl es in der DDR ein explizit politisches Strafrecht gegeben hat, kam dies bei keinem der zwischen 1987 und 1989 stattgefundenen Prozesse zur Anwendung. Die Kriminalpolizei verzeichnete 1988 185 rassistische Vorfälle, 1989 300 – wobei die Dunkelziffer ziemlich hoch sein dürfte. 1989 waren bei der Volkspolizei ca. 1000 Skinheads registriert.
Schon in den 70er Jahren war es in den DDR-Stadien gang und gebe, vermeintliche Schiedsrichterfehlentscheidungen mit „Jude raus" zu quittieren. Mitte der 70er Jahre häuften sich die Schändungen von jüdischen Friedhöfen, Übergriffe auf Ausländer gehen bis in die 60er Jahre zurück. In einem Bericht der Volkspolizei werden die Fascho-Skins als „unauffällige, angepaßte, ordentliche und disziplinierte" DDR-Bürger charakterisiert. Eine anhand von Strafakten jugendlicher Skinheads erstellte Studie kommt im Januar 1990 zu dem Ergebnis, daß die DDR-Rechtsextremisten nach sozialer Herkunft, Bildungsweg, Elternhaus sich vom biografischen Durchschnitt der Bevölkerung nicht unterschieden. „Rund drei Viertel der Probanden wurden in ihren Arbeitskollektiven als geachtete Mitglieder eingeschätzt. Ein Teil von ihnen bekleidet Funktionen wie FDJ-Sekretär der Lehrlingsgruppe oder Vertrauensmann der Gewerkschaft."

2. DDR-Skinheads zu verstehen als die am stärksten repressiv unterdrückte Systemopposition in der DDR ist ein Mythos. Die Opposition der meisten Skinheads beschränkte sich darauf, daß ihnen das autoritäre System der DDR zu lasch und die DDR als Deutschland zu klein war.

Aufgrund der hohen Arbeitsdisziplin, ihrer Sauberkeit und Pünktlichkeit hatten die Rechtsextremisten in der DDR keinerlei Probleme, bei Prozessen für das Strafmaß entscheidende positive Gutachten von ihren Arbeitskollektiven zu bekommen. Viele Skins weinen heute der DDR viele Tränen nach – in Ost und West. So titelt die in Pivitsheide bei Detmold angesiedelte militante „Nationalistische Front" in ihrer internen Zeitschrift „Aufbruch" (Oktober/1990): „Die DDR existiert nicht mehr. Grund zur Freude? Sicher nicht!" Sie loben die Mauer als „Bollwerk gegen die zersetzenden Einflüsse des Westens". „Die sogenannte ‚Wiedervereinigung' ist der Sieg der geistigen und kulturellen Entartung über einen weiteren Teil unseres Volkes."
Da die Werte der Rechtsextremisten wie Disziplin, Fleiß, Ordnung und Sauberkeit auch die Werte des kleinbürgerlichen DDR-Sozialismus waren, ist das Verhalten von Polizei, Justiz und Stasi kein Wunder. Härte gegen Punks, Grufties, Müslis und linke Oppositionelle stand Toleranz bei rechtsextremistischen gegenüber. Im Visier der Stasi waren Antifa-Gruppierungen, die vor Neonazis in der DDR warnen wollten, während Fascho-Gruppierungen sich in direkter Nähe der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße unbehelligt treffen konnten. Viele der Rechtsextremisten fühlten sich in staatstragenden Organisationen wie der „Gesellschaft für Sport und Technik" oder der „FDJ-Ordnergruppe" sehr wohl und bekleideten zum Teil Führungsfunktionen. Der Grund ist einfach: Die FDJ-Ordnergruppen „treten überall dort, wo die Jugend ihre Freizeit verbringt oder sich zu jugendpolitischen Höhepunkten versammelt, für eine saubere Atmosphäre, für Ordnung und Disziplin ein" (Handbuch der gesellschaftlichen Organisationen der DDR). Bei DDR-Höhepunkten wie z.B. dem 1. Nationalen Jugendfestival 1979 oder der 750-Jahrfeier Berlins 1987 waren Skins gut genug, die Straßen von Punks und Müslis zu säubern und erhielten entsprechend freie Hand.

3.Über rechtsextremistische Tendenzen war die DDR-Staatsführung von Anfang an im Bild. Das System der Schönfärberei und Weißwäscherei (B.Brecht) ließ eine öffentliche Diskussion und Aufarbeitung nicht zu.
Das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig untersuchte die Gesinnungslage der DDR-Jugend kontinuierlich und gründlich. Paßten die Ergebnisse nicht in das Bild, das die DDR von sich als entwickelter sozialistischer Gesellschaft zeichnen wollte, wurden sie zur Verschlußsache erklärt und nur den Führungsetagen von SED, FDJ und FDGB weitergeleitet. Mindestens seit 1987 bringt jede Studie „regressive Tendenzen in der politisch-ideologischen Bewußtseinsentwicklung der DDR-Jugend" ans Tageslicht. Das Geschichtsverständnis bzw. -wissen befindet sich auf einem erschreckenden Niveau. Nichtwissen über, Gleichgültigkeit und auch Bewunderung der NS-Zeit alarmierten die Jugendforscher - ohne Ergebnis. Die Art der antifaschistischen Erziehung, die sich offensichtlich als wirkungslos erwiesen hat, wurde nicht angetastet. Eine im Sommer 1990 vom Leipziger Institut zusammen mit dem Deutschen Jugendinstitut in München durchgeführte gesamtdeutsche Befragung bringt für Ost und West nahezu die gleichen Resultate. 11% der DDR-Schüler und 13% der BRD-Schüler sehen den Faschismus im Grunde als „gute Sache" an, „die nur schlecht ausgeführt" wurde. 16% der DDR-Schüler (BRD 7%) wollten wieder einen Führer haben, „der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regieren" werde. Jeder dritte DDR-Schüler und jeder sechste BRD-Schüler glaubt, daß die Deutschen „schon immer die größten der Geschichte" waren.



4. In der DDR war der Faschismus nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet, wie in der Verfassung selbstgefällig behauptet wurde. Wie auch in der BRD gab und gibt es in der DDR mannigfaltige Kontinuitätslinien vom Nationalsozialismus zum aktuellen System.

Es ist unbestritten, daß in der DDR die ökonomischen Grundlagen des Faschismus zerstört worden sind. Das Denken der Menschen wurde jedoch nicht erreicht. Schon die Entnazifizierung wurde zwar nicht in dem Ausmaß wie in der BRD, aber doch erschreckend halbherzig durchgeführt. Bereits 1947 wurden einfache NSDAP-Mitglieder pauschal entlastet. 1948 wurde das Ende der Entnazifizierung beschlossen. Im Mai 1948 wurde als Sammelbecken ehemaliger NSDAP'ler die „Nationaldemokratische Partei" (NDPD) gegründet, die unzweideutig in ihrem Parteiprogramm 1951 „Deutschland den Deutschen" und „Deutschland muß leben" forderte. Die NDPD war eine offiziell anerkannte renommierte Blockpartei mit 52 Volkskammerabgeordneten. 1950 beschloß der 3. Parteitag der SED, daß die Wurzeln des Faschismus ausgerottet wären. 1964 wähnte sich Walter Ulbricht bereits auf der „historisch erprobten Straße des sicheren Siegers" und 1975 sieht Erich Honecker sich und das gesamte DDR-Volk „bei den Siegern der Geschichte".
Aufgrund der rein ökonomistischen Faschismus-Definition von Dimitroff galten Faschisten als Handlanger des Kapitals. Demzufolge mußte das deutsche Volk als betrogen, irregeführt, belogen und verführt dargestellt werden. Die Tatsache, daß schließlich 13 Millionen Deutsche einmal NSDAP gewählt hatten, paßte nicht ins Geschichtsbild der SED, die sich als „Erbin alles Progressiven in der Geschichte des deutschen Volkes" verstanden hat. Die Arbeiterschaft wurde per Definition zu Antifaschisten erklärt. KZ's galten ausschließlich den politischen Gegnern des Naziregimes, die systematische Vernichtung wurde als Warnung an den antifaschistischen Widerstand der Arbeiterklasse verstanden. Der Holocaust spielte in der DDR-Geschichtsschreibung nur eine untergeordnete Rolle, das Wort „Nationalsozialismus", d.h. die spezifisch deutsche Variante des Faschismus, kam in den DDR-Geschichtsbüchern nicht vor, die Auslieferung von Antifaschisten durch Stalin an Nazi-Deutschland blieb tabu.

5. Antisemitismus konnte in der DDR im Mantel der antizionistischen Staatsdoktrin gut überleben und sich reproduzieren. Eine Thematisierung des Antisemitismus oder der antisemitischen Tendenzen innerhalb der KPD sowie eine Einbettung des Holocaust in die Analyse des Nationalsoialismus hat es in der DDR so gut wie überhaupt nicht gegeben - öffentlich schon gar nicht.

1982 kritisierten die Jüdischen Gemeinden in der DDR massiv die antiisraelische und proarabische offizielle politische Linie der DDR und machte sie für antisemitische Tendenzen verantwortlich. Der Verband der Jüdischen Gemeinden kritisierte, daß die antisemitschen Vorfälle der letzten Jahre nicht dadurch ungeschehen gemacht würden, „daß man ihre Spuren möglichst schnell beseitigt beziehungsweise Verhandlungen gegen gefaßte Täter unter Ausschluß der Öffentlichkeit führt". Schon 1968 versetzte Simon Wiesenthal, Leiter des Dokumentationszentrums des „Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes" in Wien, die DDR-Staatsführung in Unruhe. Er präsentierte der internationalen Presse eine Liste mit den Namen von 39 zum Teil hochrangigen Mitarbeitern der DDR-Medien (bis hin zum stellvertretenden Chefredakteur des „Neuen Deutschland"), die eine eindeutige nationalsozialistische Vergangenheit aufwiesen. Wiesenthal fühlte sich in der Berichterstattung der DDR-Medien über Israel an den „Völkischen Beobachter, den Stürmer, das Schwarze Korps und die Deutsche National- und Soldatenzeitung" erinnert. Er sprach von „personellen Kontinuitäten": „Sie tragen heute Orden der DDR, bekleiden in vielen Fällen die Stellung eines stellvertretenden Chefredakteurs, bilden in einigen Blättern eigene Nazi-Cliquen."

Die scharfe Kritik von Wiesenthal blieb ohne Folgen. 1973 spricht ein Kommentator der „Stimme der DDR" von der „Nazi-Luftwaffe Israels", 1982 titelt das ND „Israel betreibt die Endlösung der Palästina Frage" und im Mai 1991 „Heim ins Reich-Aktion' der äthiopischen Juden durch Israel abgeschlossen". Im Juni 1991 charakterisiert das ND den neuen US-Botschafter Strauß in Moskau als „konservativen Millionärsjuden".
Eine von der Universität Erlangen-Nürnberg Anfang 1991 durchgeführte repräsentative Umfrage zum Thema „Antisemitismus" in den neuen Ländern kommt zu dem Ergebnis, daß 15,3 % der DDR-Schüler glaubten, daß es Fehler gebe, „die den Juden im Blut" lägen. Jeder zehnte DDR-Bürger war sich sicher, daß man „Juden am Aussehen erkennen" könne und 11,6 % glaubten felsenfest, daß „Juden mehr mit Tricks arbeiten als andere". 25,5 % der Schüler und 15,9 % der Bevölkerung wollten „nicht so gern" etwas mit Israelis zu tun haben

6. Die Behandlung von AusländerInnen in der DDR unterschied sich kaum von der in der BRD. Die DDR-Regierung nahm Ausländerfeindlichkeit und rassistische Einstellungen in Kauf, um nicht selbst für Mißstände z.B. in der Konsumgüterversorgung verantwortlich gemacht zu werden.

Von den 191.000 Ausländern in der DDR (1,2% der Wohnbevölkerung) kamen 90.000 per Regierungsabkommen aus Mosambik, Kuba, Angola etc. in die DDR. Diese ausländischen ArbeiterInnen waren strikt gettoisiert, erhielten die schlechterenArbeitsplätze, die untersten Lohngruppen. Sie waren rechtlos am Arbeitsplatz, politische Betätigung war ihnen verboten. Schwangere mußten entweder abtreiben oder wurden in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Nur 15,1 % der DDR-Bevölkerung fanden die Behauptung, Ausländer verfügten über mehr Westgeld als andere, als nicht zutreffend. Die DDR-Regierung hielt es nicht für nötig, die eigene Bevölkerung über die Abkommen und die Lebenssituation der AusländerInnen in der DDR aufzuklären. So wurde



keiner der ausländischen ArbeiterInnen in Devisen bezahlt, niemand wußte, daß in den Regierungsabkommen vereinbart war, daß die ArbeiterInnen nach ihrem Aufenthalt in der DDR ein bestimmtes Kontingent an Konsumgütern wie z.B. Fahrräder, Nähmaschinen oder Mopeds mitnehmen durften. 1980/1981 versuchte die DDR-Staatsführung die eigene Bevölkerung über das Schüren traditioneller antipolnischer Ressentiments gegen Solidarnosc zu immunisieren. Polenhaß wurde genutzt und reproduziert.

7. Die gängigen Erklärungsansätze für rechtsextremistische Tendenzen in Ost und West leugnen die Gemeinsamkeiten in Ost und West und die Kontinuitätslinien zur deutschen Vergangenheit, zur „Konservativen Revolution" in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus. Letztendlich entlasten diese Theorien die Täter.

In den Medien und der öffentlichen Diskussion erfreuen sich sog. Defizittheorien großer Beliebtheit (Heitmeyer, Leggewie u.a.). Obwohl empirisch widerlegt, werden Arbeitslosigkeit, aufgebrochene soziale Milieus, Orientierungs- und Perspektivlosigkeit, Langeweile und unzureichende Freizeitangebote für die Anfälligkeit gegenüber rechtsextremistischen Ideologien verantwortlich gemacht. Den Tätern werden Verletzungen attestiert, die Opfer interessieren in diesen Theorien nicht mehr. Es wird so getan, als würden diese zufällig ausgewählt, um Rassismus als konstituierendes Moment dieser Gesellschaft zu leugnen. Es wird unterstellt, aus erlebten Frustrationen entstünden automatisch Aggressionen. Dabei wird jedoch unterschlagen, daß die Sozialpsychologie immer davon ausgeht, daß es dazu sog. Hinweisreize bedarf, die signalisieren, daß aggressives Verhalten toleriert oder gar erwünscht wird. So kann in der Diskussion die regierungs-

offizielle Ausländer- und Flüchtlingshetze bei der Erklärung der rassistischen Übergriffe außen vor bleiben.
Entlastende Funktion hat auch der Fingerzeig gen Osten, als ob nicht rechtsextremistische Gruppen im Westen in weit höherem Maße ihr Unwesen treiben würden (siehe Statistiken der Übergriffe von 1991, eindeutiger Schwerpunkt ist dabei Nordrhein-Westfalen). Niemand, der öffentlichkeitswirksam vom „hausgemachten Neofaschismus" im Osten redet, hat jemals einen Gedanken an einen hausgemachten Neofaschismus im Westen verschwendet. Neue Totalitarismustheorien in Gestalt der Jugendgewalt als neues soziales Phänomen unterschlagen wider besseren Wissens Ursache und Wirkung. Skins, Redskins, Autonome, Hooligans, deutsche und türkische Jugendgangs und Faschos werden in einen Topf geworfen, der politische Hintergrund bleibt außen vor, Gewalttaten und Übergriffe werden als ausschließlich spontan und ungeplant dargestellt. Individualpsychologische Erklärungsansätze, wonach es eine „natürliche" Angst vor Fremden bzw. „normale Streßreaktionen" angesichts einer „hohen" Zahl von Flüchtlingen gäbe, sollen die eigentlichen Ursachen nur verschleiern.

All diese „Theorien" sind zu kurz gedacht, um Gemeinsamkeiten zu leugnen und die deutsche Vergangenheit, aus deren Schatten man so gerne heraustreten will und dazu in der zweiten „Stunde Null" der deutschen Geschichte d i e Chance schlechthin wittert, außen vor zu lassen. Doch der rechtsradikale Jugendliche ist nichts weiter als die Verlängerung der Sehnsüchte des Kleinbürgers ins Reich der Realität – und der Kleinbürger Marke DDR hatte mit dem Kleinbürger Marke BRD mehr gemeinsam, als jedem von ihnen lieb war. Das hat nicht nur mit der deutschen Geschichte zu tun. Vergangenheitslosigkeit im Westen, staatlich verordneter ritualisierter Antifaschismus im Osten. Auf der einen Seite die wirtschaftlichen, auf der anderen die moralischen Sieger der Geschichte: jeder glaubte, ohne eigenes Zutun auf der richtigen Seite zu stehen. Hier wie dort Antisemitismus, zum einen eingebunden in den Antizionismus, zum anderen Antisemitismus wegen Auschwitz, weil die überlebenden Juden als ständige Erinnerung deutscher Vernichtungswut die Illusion zerstören, es sei ja alles nicht so schlimm gewesen, und damit den so sehnlichst gewünschten Schlußstrich unter die Vergangenheit behindern. Hier wie dort rassistische Ausgrenzungspraxen, hier wie dort kaum Unterschiede in der Behandlung von ausländischen Arbeitskräften und Flüchtlingen. Jeder glaubte von sich, der bessere Deutsche gegenüber den „Fremden" zu sein und wurde in seinem Glauben durch die offizielle Politik bestärkt. Durch die Wiedervereinigung haben sich auch die rassistischen Tendenzen, verstärkt durch Träume von neuer deutscher Stärke und Dominanz, wiedervereinigt.

Bernd Siegler

ZUM WEITERLESEN:

Bernd Siegler: Auferstanden aus Ruinen – Rechtsextremismus in der DDR
Verlag Klaus Bittermann, Edition TIAMAT
Berlin, 1991



DAS ANTIRASSISTISCHE TELEFON

- . . . sammelt Informationen über rassistische Diskriminierungen, Bedrohungen und Übergriffe, über Aktivitäten rassistisch orientierter Organisationen und Parteien
- . . . dokumentiert und veröffentlicht die eingehenden Meldungen
- . . . benutzt die Informationen und Erfahrungen, um zusammen mit anderen Initiativen, gegen Rassismus und Diskriminierungen vorzugehen und um den Kampf für die Gleichberechtigung aller hier lebenden Menschen zu unterstützen
- . . . vermittelt, soweit möglich, Rechtsanwältinnen, Beratungsstellen und Initiativen für die von Rassismus Betroffenen
- . . . informiert über Treffen, Veranstaltungen, Gruppen zum Thema Antirassismus . . .



FLÜCHTLINGE IN DER TU

Längst befinden sich Menschen in der BRD erneut auf der Flucht.

Achtzig Frauen, Männer und Kinder - Flüchtlinge aus zwölf verschiedenen Ländern - halten seit dem 24. Oktober '91 Räume an der Technischen Universität Berlin besetzt. Nach rassistischen und faschistischen Angriffen flohen sie aus Lagern in der ehemaligen DDR nach Berlin.

Immer mehr Menschen und Organisationen solidarisieren sich mit den Flüchtlingen. Sie fordern den Berliner Senat auf, seine starre Haltung aufzugeben und folgende Forderungen zu erfüllen:

SCHLUSS MIT DEN ZWANGS-VERTEILUNGEN AUS BERLIN!
FREIE WAHL DES AUFENTHALTS-ORTES FÜR ALLE!

BLEIBERECHT FÜR ALLE!

unterstützt von Netzwerk e.V.

Antirassistisches Zentrum

c/o AStA der TU Berlin, Marchstr. 6, 1000 Berlin 10 Tel. 030-314 21041 Spendenkonten: Antirassische Initiative e.V., Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100-205 00, Konto 303 96 00; Stichwort "Bleiberecht!" oder Sonderkonto T. Lehmann, Postgiroamt Berlin, BLZ

ZUR SITUATION POLNISCHER MENSCHEN IN BERLIN

Folgendes Interview führten wir mit Witold Kaminski und Adam. Witold ist im polnischen Sozialrat aktiv, das ist eine Organisation, die polnische Menschen in Berlin betreut. Adam ist als Aussiedler aus Polen anerkannt und arbeitet in antifaschistischen Zusammenhängen.

ZAG: Vor etwa zwei Jahren habt ihr in einem Interview (PROWO vom 3.11.89) die Zahl der hier lebenden polnischen Staatsbügerlnnenn mit ca. 21.000 angegeben. Hat sich diese Zahl verändert?

W: Ja, es sind weniger geworden. Es dürften inzwischen deutlich unter 20.000 sein, und zwar aus mehreren Gründen: Im März 1990 trat eine Regelung in Kraft, nach der alle PolInnen, die vor dem 1. Dezember 1989 in Berlin einen Asylantrag gestellt hatten, hierbleiben durften und eine Aufenthaltsbefugnis bekamen. Das bedeutete aber gleichzeitig, daß Menschen, die hier einen Antrag auf Einbürgerung aufgrund der Abstammung gestellt hatten, abgeschoben wurden, wenn ihr Antrag negativ beschieden wurde. Und die Zahl dieser Negativentscheidungen stieg nach der Öffnung der Grenze zur damaligen DDR. Das betraf eine ziemlich große Gruppe, etwa 1.000 Menschen. Offenbar brauchte man sie nicht mehr als Arbeitskräfte. Diese Praxis entblößt die Absichten, die hinter dem Bundesvertriebenengesetz stehen. Dazu kommen die Leute, die sich einbürgern lassen, als anerkannte Flüchtlinge oder nach 10 Jahren Aufenthalt, wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind. Die PolInnen sind, glaube ich, die größte ethnische Gruppe, die sich einbürgern lassen, ca. 1.000 jährlich in Berlin. Die dritte Gruppe sind Menschen, die „freiwillig" nach Polen zurückgegangen sind, weil sie hier keine Chance gesehen haben. Das heißt, sie haben eine Aufenthaltsbefugnis bekommen, aber nicht mehr, also keine Arbeitserlaubnis und auch keine Sozialhilfe. Und wenn jemand hier keine Wohnung gefunden hat, also auf einen Platz in einem Wohnheim für DM 3.000 im Monat angewiesen ist, ist das Leben hier einfach zu teuer, auch wenn mensch einen Job gefunden hat. Trotz dieses Rückgangs sind die PolInnen hier aber die drittgrößte AusländerInnengruppe. Obwohl, ich sage immer, wir sind eindeutig die zweitstärkste ethnische Gruppe, weil die Eingebürgerten nicht plötzlich aufhören, PolInnen zu sein.

ZAG: Wie sieht denn die materielle Situation der hier lebenden PolInnen aus? Wovon leben sie?

W: Die letzte Statistik, die wir haben, sagt aus, daß nur 11 % sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Viele machen sich selbständig, um die ausländerrechtlichen Bestimmungen zu umgehen. Natürlich reichen diese Möglichkeiten nicht für die große Masse, alle anderen schlagen sich irgendwie durch, um zu überleben.

A: Das heißt: Schwarzarbeit, Stehlen, Prostitution, ...

W: Man kann das regelrecht beobachten, wie die Menschen durch Änderung der Rahmenbedingungen zu Dieben gemacht werden.

ZAG: Wir denken, daß die Situation polnischer Frauen besonders schwierig ist, weil die ja unter einem viel schärferen Unterdrückungsverhältnis stehen.

W: Ja, das stimmt. Leider gibt es darüber keine Untersuchungen. Aber mensch sieht, hört, merkt ... .

ZAG: Zahlen sind zwar trocken, aber habt ihr einen Überblick darüber, wieviele ehemalige polnische StaatsbürgerInnen als anerkannte AussiedlerInnen in Berlin leben?

W: Ja, wir haben die Zugänge der letzten 10 Jahre zusammengerechnet, das waren insgesamt ca. 80.000.

ZAG: Wie ist denn das Verhältnis zwischen PolInnen, die hier leben, und den AussiedlerInnen? Wir stellen uns vor, daß sie sich in vielen Bereichen treffen ...

W: Grundsätzlich kann mensch sagen, daß sich die AussiedlerInnen abschotten. Was natürlich nicht heißt, daß sie z. B. nicht in die polnische Kirche gehen. Diese Menschen leben schon in einer merkwürdigen, schizophrenen Situation.

A: Da ist vor allem die Frage: Was bin ich überhaupt? In meinem Ausweis steht, ich bin deutsch, und dabei will ich mich so gar nicht ... . Und in Polen fragen sie mich: Was bist du überhaupt?

ZAG: Und wirst in der Schule vielleicht noch als „Polacke" beschimpft ...

A: Ich erlebe so etwas eher auf der Straße oder in der U- oder S-Bahn, wenn wir polnisch quatschen.

ZAG: Habt ihr einen Überblick über rassistische Diskriminierungen und Übergriffe gegenüber PolInnen?

W: Leider nein, wir haben kein Archiv darüber, weil wir das zeitlich nicht schaffen. Wir sind einfach überlastet. Wir können nur erzählen, was wir von Leuten, die zu uns kommen, gehört haben. Da ist diese Angst aufzufallen, den Mund aufzumachen und als PolIn erkannt zu werden. Mensch lebt 24 Stunden am Tag mit dem Gefühl, sich verstecken zu müssen.

A: Da ist noch ein Aspekt, nämlich die falsche Vorstellung: Vielleicht schaffe ich es irgendwann, wirklich nicht mehr aufzufallen. Und dabei kommt es dazu, daß die Menschen sich

sagen: Ich muß diese Sprache perfekt beherrschen, dann falle ich vielleicht nicht auf. Und daran scheitern die meisten. Sobald sie erkennen, daß die sprachliche Barriere nicht zu überwinden ist, brechen sie zusammen.

ZAG: Habt ihr den Eindruck, daß rassistische Übergriffe und Diskriminierungen in den letzten zwei Jahren, also mit dem Anschluß der DDR zugenommen haben.

A: Ja sicher, vor allem an den Autobahnen von der Transitseite her.

W: Unser größtes Problem ist aber der alltägliche Rassismus. Ich kaufe zum Beispiel eine Zeitung und lese darin: „Polen machen lange Finger". Das stand im Tagesspiegel, nicht etwa in der BZ. An jenem Tag hatte man 50 Taschendiebstähle am Bahnhof Zoo registriert. Und dann steht gleich dahinter, daß an diesem Tag eine große Zahl von Bussen aus Polen eingetroffen sind. Man hat sofort eine direkte Verbindung hergestellt. Und der Innensenator läßt dann alle PolInnen durchsuchen. Wir haben das selbst erlebt. Es sind auch schon beinahe einmal polnische Diplomaten verhaftet worden, weil sie sich eingemischt haben, als polnische Autos durchsucht wurden.

ZAG: Zum Schluß noch eine Frage zum „Polnischen Sozialrat": Hat sich Eure Tätigkeit in den letzten Jahren verändert?

W: Wir haben uns eigentlich immer mit den aktuellen Anforderungen geändert. In der ersten Zeit haben wir uns in erster Linie um kulturelle Aktivitäten gekümmert. Seit 1989/90 sind wir mehr und mehr eine politische Gruppe, eine Vertretung der PolInnen in dieser Stadt, geworden. Dabei sind wir durch unsere rechtlichen und sozialen Beratungstätigkeiten schon völlig überlastet. Gleichzeitig versuchen wir mit verschiedenen Aktionen oder kulturellen Aktivitäten nach außen zu treten. Im Moment kämpfen wir vor allem um Kommunikationsmittel. Es gibt keine polnische Zeitung in Berlin. Zur Zeit senden wir 1 Stunde in der Woche polnisches Radio auf UKW 103,4 MHz. Das ist die einzige Möglichkeit die polnischen Menschen in dieser Stadt theoretisch zusammenzubringen, eine Ebene zu schaffen, wo mensch sich treffen kann. Darüber sind bisher schon über 2.000 Menschen mit uns in Kontakt getreten. Diese Möglichkeit besteht aber möglicherweise nicht mehr lange, und kein Schwein interessiert sich. Ohne ein Kommunikationsmittel zu haben, sind wir verloren.

Adresse:
Polnischer Sozialrat
Kohlfurther Str. 40
1000 Berlin 36



PROTEST IN DER ROSENSTRASSE

Vor dem Morgengrauen rollten Wagenkolonnen mit Soldaten der Waffen SS durch die Straßen Berlins. Es war der Beginn einer großangelegten Deportationsaktion, die unter der Bezeichnung „Fabrikaktion" bekannt geworden ist. Der Auftrag lautete an diesem Samstag, den 27.2.1943, Berlin „judenfrei" zu machen. Die Soldaten stürmten in die Fabriken und trieben die dort Zwangsarbeit leistenden Juden in Sammellager zusammen. Eines dieser Sammellager befand sich im ehemaligen jüdischen Wohlfahrtsamt in der Rosenstraße 2-4, Berlin/Mitte. Was dort geschah, schildert eine Zeitzeugin wie folgt:
„Ich arbeitete bei einer Baufirma in Berlin, als ich von meiner Schwiegermutter einen Anruf bekam, daß mein Freund abgeholt worden ist. Ich versuchte, von der Arbeit freizukriegen und ging zur Rosenstraße. Dort standen schon eine Menge Frauen....Wir liefen rum wie verängstigte Hühner. Wir konnten nichts erfahren, nichts sehen. Ab und zu kamen Autos und luden Menschen ab....Am nächsten Morgen war ich wieder sehr früh in der Rosenstraße. Es war ein ziemlicher Auflauf. Viele Frauen waren da....Wir riefen: gebt uns unsere Männer zurück. Die Gestapo versuchte, uns Frauen auseinander zu treiben.Sie drohte. Es war ein unheimliches Gefühl. Die Beklemmung, daß derjenige eingesperrt worden ist, den ich wiederhaben wollte, die war noch größer. ... Abends war Fliegeralarm und wir mußten in den Keller. Es hat nicht lange gedauert und es knallte dermaßen, wie wir es noch nie erlebt hatten. Eine Straße weiter ging in Schöneberg die erste Luftmine nieder. Alle aus dem Keller! Wir bildeten Ketten, um Wassereimer zu den Brandherden zu befördern. Das ging die ganze Nacht durch. Bis morgens, bis vier, fünf Uhr. Meine Gedanken aber waren immer nur in der Rosenstraße....Am nächsten Tag traf ich eine Bekannte, mit der ich in der Rosenstraße zusammen war. Sie sagte mir, daß dort die Mischlinge und jüdischen Männer weiter festgehalten würden. Aber es waren immer und zu allen Zeiten Leute da....Wir Frauen haben in der Rosenstraße gekämpft für unsere Männer. Man hat in dieser Zeit viele strafbare Handlungen begangen. Man hat Untergetauchten Lebensmittel beschafft. Hat sie nachts von einem Platz zum anderen gebracht. Allein die englischen Sender abzuhören, alles das war für uns lebensnotwendig, aber eine illegale Handlung. Wir waren immerfort bedrängt, bedroht und in Angst gehalten. Wir sind die Jahre bei unseren Männern geblieben. Das dies umsonst sein sollte, diese vielen langen Jahre, die wir miteinander im Elend verbracht hatten, das wollte keine von uns wahrhaben. ... Das war in der Rosenstraße schon ein Kampf, aber es war ein Kampf der Verzweiflung....Meine alten Schwiegereltern waren völlig hilflos. Die zwei alten Leute waren allein und hatten kaum noch Hoffnung, daß ihr Sohn noch wiederkommt. Bis ... ich weiß heute nicht mehr, wieviel Tage es wa-

ren...bis ich einen Anruf im Geschäft bekam, daß er wieder raus ist. Das war eine Situation, an die man nicht zu glauben gewagt hatte. Keiner hatte daran geglaubt, daß sich die Türen noch einmal wieder öffnen können. Ich war fassungslos. Dann bin ich natürlich abends sofort raus: und dann war er wirklich da."

Jeden Tag und jede Nacht versammelten sich Hunderte von Angehörigen, zum größten Teil Frauen, vor der Rosenstraße, sie wechselten sich ab, trotzten der Kälte, der Gestapo und deren Maschinengewehren. Der Verkehr wurde um die Rosenstraße geleitet, der naheliegende S-Bahnhof Börse (heute Marx-Engels Platz) gesperrt. Doch die Proteste konnten nicht der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Zwölf Tage und zwölf Nächte dauerte der Protest an, bis die Gestapo alle in der Rosenstraße Internierten, 2500 Juden aus Mischehen und „Geltungsjuden", freiließ. Hier stellt sich die Frage, warum die Gestapo so handelte: War es die Angst vor Protesten der eigenen „arischen" Bevölkerung? War es die Sorge um die Ruhe an der „Heimatfront", nach Stalingrad und den ersten alliierten Luftangriffen auf Berlin? Fast alle wurden freigelassen,selbst die 25 Juden, die am 6. März 43 aus der Rosenstraße nach Auschwitz deportiert wurden, kamen aus der Todesfabrik zurück nach Berlin. Die Gestapo wagte es jedoch nicht, diese freizulassen, sie wurden als „Schutzhäftlinge" im Arbeitserziehungslager Großbeeren interniert.
Die ehemalige Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit war ein anderes Sammellager der „Fabrikaktion". Hier jedoch demonstrierte kein Mensch, um die Deportation zu verhindern, alle 1736 dort eingesperrten Juden wurden am 1. März nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Wir, die Projektgruppe Rosenstraße, beschäftigen uns seit dem Sommer 1991 mit diesem Themengebiet. Durch einen von Nathan Stoltzfus in der „Zeit" veröffentlichten Artikel aufmerksam gemacht, entstand die Idee, eine Veranstaltung zum Jahrestag des Protestes in der Rosenstraße zu planen und in der Rosenstraße selbst an dieses Ereignis zu erinnern. Über Zeitungsanzeigen und eigene Recherchen konnten wir den Kontakt zu zwei Ehepaaren herstellen, die direkt oder indirekt von der „Fabrikaktion" betroffen waren und in Zusammenarbeit mit ihnen die Diskussionsveranstaltung vorbereiten.
Die Protestaktion in der Rosenstraße wurde bisher nicht entsprechend gewürdigt. Die einzige, uns bekannte Publikation, die sich ausführlich mit den Ereignissen in der Rosenstraße beschäftigt, – das Jugendbuch „Protest in der Rosenstraße" von Gernot Jochheim – wurde erst 1990 veröffentlicht und basiert auf Interviews mit ZeitzeugInnen.
Uns geht es mit der Veranstaltung darum, diese für das Jahr 1943 einzigartige Widerstandsaktion öffentlich bekannt zu machen. Wir können von den Erfahrungen und dem Wissen der betroffenen Menschen lernen, lernen was es bedeutet, jeden Tag drangsaliert, unterdrückt und mit dem Tod bedroht zu sein und trotzdem Widerstand – in welcher Form auch immer – zu leisten.

LITERATUR:

Nathan Stoltzfus, Jemand war für mich da, in Zeit Nr. 30/89
Gernot Jochheim, Protest in der Rosenstraße, Hoch-Verlag, Stgt., 1990.
Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M, 1990.

Kontakt:
Projektgruppe Rosenstraße
Fachhochschule für Sozialarbeit u. Sozialpädagogik
Karl Schraderstr. 6, W-1000 Berlin 30

Die Veranstaltung mit den ZeitzeugInnen findet am 28.2.1992 um 19 Uhr im Kreiskulturhaus Mitte, direkt am U-Bhf. Weinmeisterstr. statt.



WENN FLÜCHTLINGE UND EINWANDERER ZU „ASYLANTEN-FLUTEN“ WERDEN

Im folgenden dokumentieren wir mit freundlicher Genehmigung der Autorin und in gekürzter Fassung einen Aufsatz der Bochumer Literaturwissenschaftlerin Ute Gerhard. Er ist in längerer Ausführung innerhalb einer kommentierten Dokumentation zum Rassismus im Mediendiskurs erschienen. Die vollständige Dokumentation ist zu bestellen bei der Diskurswerkstatt Bochum e.V., Düppelstr. 35, 4630 Bochum 1, Tel.: 0234/300110.

Im August 1991 wurden Flüchtlinge und Einwanderer zum zentralen Thema des Mediendiskurses der Bundesrepublik. Was Schärfe und Vehemenz betrifft, so unterschied sich jedoch die diesjährige Debatte in ihrem Verlauf deutlich von den bisherigen „Medien-Sommerdebatten“ über Flüchtlinge. Im September 1991 kam es dann zu der bis heute andauernden Eskalation offensichtlich rassistisch begründeter Gewalt gegen Flüchtlinge und Einwanderer, die bereits mehrere Tote und viele mehr oder weniger schwer Verletzte gefordert hat. Laut Meldung der WAZ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) vom 25.11.1991 macht das BKA Angaben über 1800 Angriffe und Überfälle seit August. Die Tatsache, daß diese rassistischen Krawalle bei einem beachtlichen Teil der Bevölkerung auf mehr oder weniger offene Zustimmung stießen, unterstreicht die gefährliche Veränderung des gesellschaftlichen Zustands der Bundesrepublik. Die vorliegende Dokumentation versucht, auf der Grundlage empirischen Materials wichtige Aspekte der Entwicklung aufzuzeigen.
Zentrales Thema der Untersuchung ist zum einen der Anteil des Mediendiskurses an der aktuellen Eskalation, d.h. die Art und Weise, wie durch die Medien solche „Stimmungen“



und Affekte produziert oder gefördert werden. Zum anderen soll die anhand der Debatte zu beobachtende Verknüpfung der öffentlichen Rede mit neorassistischen Konzepten genauer bestimmt werden. Konkret stellt sich die Frage, inwieweit bereits Positionen, wie sie besonders von bekanntermaßen neorassistischen Organisationen wie den REPs oder der DVU vertreten werden, inzwischen Eingang gefunden haben in den Bereich allgemein akzeptierter politischer Rede und somit erschreckend politikfähig geworden sind.
Daneben erscheint es wichtig, notwendige historische Aspekte der gesamten Problematik aufzuzeigen, und zwar sowohl die Flüchtlingsthematik im engeren Sinn betreffend, als auch die mittlerweile möglichen Bezüge zum Naziterror. So werden abschließend einige Beispiele aus der Tageszeitung „Rote Erde", einem von 1931-1933 erschienenem Kampfblatt der NSDAP für Westfalen, dokumentiert und aktuellen Medienbeitragen gegenübergestellt. Das soll nicht einer einfachen Gleichsetzung das Wort reden, jedoch die Brisanz der heutigen Entwicklung bezüglich des Zusammenhangs von Mediensprache und rassistischem Gewaltpotential aufzeigen. Zugleich geht es dabei aber auch gegen eine gefährliche Normalisierungsstrategie, die sich in den meisten Medien und in vielen Politikerreden jetzt beobachten läßt. Gemeint ist die Strategie, die rassistischen Gewaltakte auf den „braunen Dreck" (Spiegel, 30.9.91), die „braune Fratze" (Bild, 23.9.91) oder ganz allgemein die „Extremisten" zu verschieben und selbst dabei gleichzeitig – jetzt von jeglichem Verdacht entlastet – die neorassistischen Positionen weiter zu schreiben, zu sprechen und damit zu verstärken.
Wichtige Materialgrundlage der gesamten Untersuchung ist also der Mediendiskurs. Dazu ist vielleicht vorab eine Erklärung notwendig. Warum Diskurs und nicht einfach Sprache? Ganz einfach ließe sich sagen, daß damit Dimensionen und Aspekte von Äußerungen thematisiert werden sollen, die weit über die rein sprachliche Ebene hinausgehen. Und zwar erfaßt der Begriff Diskurs öffentliche Redeweisen, Aussage- und Anschauungsformen als Phänomene, die nach bestimmten – eben nicht nur sprachlichen – Regeln produziert werden und ihrerseits selbst auch eine wichtige Produktivität entwickeln. Unter diskurstheoretischer Perspektive lassen sich insofern auch die – wie sie häufig genannt werden -"psychologischen" Aspekte bestimmter politischer Entwicklungen thematisieren. Genauer verdeutlichen läßt sich dies anhand des konkreten Materials, das im folgenden kommentiert werden soll.

„ASYLANTENFLUTEN" – NEORASSISTISCHER FEINDBILD – BEGRIFF UND KOLLEKTIVSYMBOLIK

Wichtig für Themen, die zu Medienereignissen werden, ist sicherlich die häufig stereotype Wiederholung bestimmter Begriffe. Für die Debatte um Flüchtlinge und Einwanderer spielt der Begriff „Asylant" eine zentrale Rolle. Dessen Entstehung und stereotype Wiederholung hat Jürgen Link bereits in seinen Untersuchungen zu den 80er Jahren als einen wichtigen Aspekt der Entwicklung neorassistischer Tendenzen in der Bundesrepublik beschrieben. (...) Was spricht nun aber dafür, daß der Begriff „Asylant" tatsächlich negative Wertungen impliziert? Zum einen die auffällige Verteilung – so hatten im Verlauf der 80er Jahre weiße Ostflüchtlinge, auch wenn sie um Asyl nachzusuchten, durchgängig sehr viel größere Chancen, als „Flüchtlinge" gekennzeichnet zu werden als Südflüchtlinge, selbst wenn diese vor Gewalt und Krieg flüchteten. Zum anderen gibt es jedoch ein schwerwiegendes historisches und aktuelles sprachwissenschaftliches Argument: „Die deutschen Wörter auf -ant ... (sind häufig) ausgesprochen negative Begriffe für „üble Charaktere", die „nicht normal" sind: „Ignoranten", „Simulanten", „Querulanten" usw. Diese Begriffe haben einen pseudomedizinischen bzw. psychatrischen Beigeschmack ..." (Jürgen Link: Medien und „Asylanten", S.50). (...) Bei dieser Gruppe von Wörtern auf „ant" handelt es sich also insgesamt um Begriffe der Ausgrenzung. (...)
In der aktuellen Mediendebatte im Sommer und Herbst 1991 haben sich diese Wertungen und damit die beschriebene Spaltung des sozialen Phänomens von Gruppen und Menschen, die fliehen müssen, extrem zugespitzt. Dabei ergeben sich vor allem die folgenden Merkmale: Flüchtlinge sind tatsächlich gefährdete Menschen, aber nur ganz wenige. „Asylanten" sind die Massen, die das Asylrecht „mißbrauchen". Ganz deutlich werden die unterschiedlichen Zuschreibungen, etwa in einer Titelstory des *Spiegels* (9.9.91), der bereits die verschiedenen Begriffe in schöner negativer Steigerung auf das Titelblatt setzt: „Flüchtlinge Aussiedler Asylanten – Ansturm der Armen". In dem Artikel heißt dann: *Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) betont zwar, er wolle den „wirklich aktuell politisch Verfolgten weiterhin Schutz und Zuflucht" gewähren. Gerade deshalb dürfe die Masse jener Fremden, die sich zu Unrecht auf Artikel 16 berufen, erst gar nicht ins Asylverfahren gelangen.*
Schäuble will vor allem drei Personengruppen von vorneherein ausschließen:
- *Flüchtlinge, die vor ihrer Ankunft in Deutschland bereits in einem anderen Land Zuflucht gefunden hatten.*
- *Bewerber, deren Asylbegehren schon „in einem anderen westeuropäischen Staat rechtskräftig" abgelehnt wurde.*
- *Asylanten aus Ländern, in denen etwa nach einer Expertise des Bonner Außenministeriums „keine politische Verfolgung (mehr) stattfindet".*

Also der Begriff „Asylant" setzt genau da ein, wo es darum geht, den Flüchtlingsstatus in Zweifel zu ziehen, bzw. abzusprechen. Nur so erklären sich dann überhaupt Sätze wie der folgende aus der *Bild* vom 10.10.91: „Insgesamt leben etwa eine halbe Million Asylanten, Asylbewerber und Füchtlinge bei uns".
In den Monaten August/September 1991 verging wohl kein Tag, an dem nicht in einem der zahlreichen Medien der Begriff „Asylant" mit den beschriebenen Merkmalen realisiert wurde. Ein wichtiger Bestandteil dieses Prozesses waren die bekannten *Bild*-Serien: „Die Asylanten" im August und „Asylanten im Revier. Wer soll das bezahlen?" im September. Auch die letztgenannte Serie, deren Titel gleichzeitig flächendeckend auf hellerleuchteten Plakatwänden prangte, wurde überregional mit jeweils anderer lokaler Kennzeichnung gestartet. Wie grundlegend dabei allein schon die ständige Wiederholung des Begriffs „Asylant" war, zeigt exemplarisch ein Artikel in der *Bild* vom 19.8.91, der trotz der für diese Zeitung bekanntlich typischen Kürze insgesamt elfmal „Asylant" bzw. „Asylantenheim" benutzt. (...) Nicht in dieser krassen Form, jedoch in stereotyper Wiederholung finden sich etwa die „Asylantenproblematik" (FAZ, 3.8.91) oder

sich etwa die „Asylantenproblematik" (FAZ, 3.8.91) oder Schlagzeilen wie „Schäuble will falsche Asylanten abschieben" (WAZ, 24.9.91) in nahezu allen Medien. Gleiches gilt natürlich für Politikerreden. Engholm spricht etwa von den „Wirtschafts- und Scheinasylanten" (zit. Die Welt 3./4.8.91). Was jedoch die Wiederholung und Steigerung dieser Begrifflichkeiten betrifft, lassen sich bei der Ausgabe des Spiegels von 14.10. kaum noch Unterschiede zu Bild machen. In seinen drei Beiträgen zum Thema ist – häufig auch noch besonders plaziert unter Fotos – die Rede von „Asylantenschutz", „Schutz vor Asylantenlagern", vom „Bewachungsobjekt Asylantenunterkunft", von „Schutzwachen für Asylantenheime" (...) und schließlich – welch ein Wortgetüm – von „Scheinasylantenkindern". Ein grenzenloser Zynismus läßt diese Ausgabe des Spiegels insgesamt mehr als gefährlich erscheinen. Denn unabhängig von der Intention der Verfasser, die vielleicht nur die „Scheinheiligkeit" von Politikern und Zeitungen wie Bild angesichts der Opfer ihrer eigenen Kampagne kritisieren wollen, diskriminiert der Spiegel mit diesem Zynismus gerade die Opfer. Außerdem ist diese Steigerung der ausgrenzenden Begrifflichkeit wiederum typisch für Politiker und Medien, die trotz aller Empörung über Gewaltakte in der Diskriminierung der Flüchtlinge und Einwanderer fortfahren. Denn wieder von Flüchtlingen zu sprechen, wäre ein erster Schritt, um aus Medien- und Politikerperspektive tatsächlich etwas gegen den zunehmenden Rassismus zu tun. (...)

(Außerdem ist) eine Irritation des sich im Verlauf der Mediendebatte verfestigten Symbolgebrauchs zum Thema Flüchtlinge und Einwanderer (außerordentlich wichtig). Dazu vorab eine kurze Begriffsklärung. In verschiedenen Arbeiten hat Jürgen Link die Struktur solcher Symbole und ihre wichtige Funktion für den modernen Mediendiskurs dargestellt. Genauer spricht er von Kollektivsymbolen. Symbol kann dabei als „Sinn-Bild" gekennzeichnet werden, also als Bild, das gleichzeitig als Träger eines bestimmten „Sinns" fungiert. Das können Bilder im Wortsinne sein, Fotos, Filmeinstellungen, Karikaturen, aber auch Sprachbilder. Kollektivsymbole sollen dabei nur betonen, daß es sich bei dem Träger solcher Symbole um Kollektive handelt. Das heißt konkret, daß diese Symbolik der Medien für den Großteil der Gesellschaft sofort den Effekt der „Verständlichkeit" hervorruft und eben „sinnvoll" erscheint. Solche Symbole sind damit ein ganz wichtiger Bestandteil dessen, was das gesellschaftliche Alltagswissen und auch die kollektiven Phantasien und Vorstellungen einer Gesellschaft ausmacht. Wie dies nun im einzelnen zu verstehen ist, läßt sich am Material verdeutlichen, d.h. an den Symbolen, die sich in auffälliger Weise bei der Thematisierung der Flüchtlinge wiederholen.

Bereits erwähnt wurde die bekannte „Asylantenflut". „Schäuble: Asylantenflut stoppen", so lautete eine fette Überschrift der Welt vom 8.8. Ein Kommentar der FAZ vom gleichen Tag ist überschrieben: „Uferlos geht es nicht". Solche „Fluten" lassen sich natürlich auch bildlich darstellen, z.B. in Karikaturen. Bereits Ende Juli hat etwa das Hamburger Abendblatt in einer Karikatur eine „Flut" realisiert, die sich von Afrika aus Europa nähert. Dabei wird die „Flut" gleichzeitig mit einem militärischen Symbol verbunden: „Eine Armada der Armen nimmt Kurs auf die Festung Europa", so der Untertitel. Eine Karikatur der FAZ vom 7.8. kennzeichnet bereits die Flüchtlinge als eine die „Flut", denn diese trägt das Schild „Asyl". Hier ist es nicht eine Insel, sondern ein „Boot" mit Namen BRD, das „überflutet" wird. Das „Schiff" ist übrigens gleichzeitig ein Haus mit „rauchendem Schornstein", der wohl für funktionierende Wirtschaft und Wohlstand steht. An dieser Karikatur lassen sich exemplarisch wichtige Aspekte der Symbolilk und ihrer Funktionsweise aufzeigen. Zum einen wird eine Subjektsituation, das soll heißen eine Situation für den möglichen Betrachter entworfen. Und zwar die Situation einer „drohenden, weiteren Überflutung" des „Bootes", und damit die Gefahr „des Untergangs in den Fluten". Durch die Markierung BRD wird die mögliche Identifizierung mit dieser Situation noch verstärkt. Zum anderen, und das hängt wiederum mit der entworfenen Situation zusammen, ergibt sich automatisch eine Handlungsanweisung: „Schotten dicht". Beide Momente verweisen darauf, daß es gerade solche Symbole sind, die innerhalb des Mediendiskurses die Subjektivität und Affekte einer jeweiligen Gesellschaft direkt betreffen. D.h. durch die Symbolik werden bestimmte Haltungen und Verhaltensweisen etwa zu politischen Entscheidungen und sozialen Phänomenen nahegelegt. (...)

Ab Mitte August erhält jedoch die symbolische Position des „vollen Bootes" eine ungeheuere Verstärkung, nämlich eine scheinbar reale Bestätigung, und zwar durch die Bilder aus Bari. Das am häufigsten gezeigte Pressefoto dieser Ereignisse ist wohl das von dem überfüllten Schiff, mit dem die albanischen Flüchtlinge nach Italien gekommen sind. Auf dem Hintergrund der bereits in den Medien realisierten symbolischen „Boote" und „Fluten" wurde es zum Realsymbol des „vollen Bootes" schlechthin, und damit interessanter Weise zu einem Bild für das von der „Flut" der Flüchtlinge bedrohte „Boot" BRD bzw. Europa. Ganz typisch hierfür ist das Titelblatt der Bild vom 14.8.91. Mit der Überschrift „Asylanten-Katastrophe. Morgen auch bei uns?" wird hier der symbolische Status des Fotos, der sich bereits aus den Parallelen zwischen dem Foto und der beschriebenen FAZ-Karikatur ergibt, noch unterstrichen. Der Text zum Bild beginnt mit dem Satz: „Wahre Massen an Asylbewerbern und Aussiedlern – vor allem aus Osteuropa – fluten nach Deutschland." Auf diese Weise wird das Schiff von Bari zu einem besonderen Medienereignis, das gleichzeitig die beschriebene symbolische Bearbeitung des Themas Flüchtlinge in der BRD weiter vorantrieb. (...) Die Aufzählung (der Beispiele zum Thema „Fluten" ZAG) ließe sich sehr lange fortsetzen. Tatsächlich ist die Symbolik der „Fluten" und „Ströme" mit der automatischen Handlungsanweisung „Dämmebauen" in den Medien ständig wiederholt worden.

Daneben wurden jedoch auch andere symbolische Komplexe wichtig, wie etwa der militärische. „Flüchtlinge sammeln sich an den Grenzen Westeuropas" heißt es in der WAZ (8.8.91). Die Rede ist vom „Einfallstor in den Wohlstandswesten", einer „neuentstehenden Flanke", der „Einfallsroute", dem „Hinterland" (FR, 10.8.91). Unter dem Titel „Ansturm der Armen" berichtet der Spiegel (9.9.91) von der Forderung „Soldaten an die Grenzen", vom „Einsatz von Militär, (...) um den Ansturm abzuwehren" und schließlich von Schäubles Forderung nach einer „umfassenden Abwehrstrategie". Der Effekt dieser Symbolik ist ebenfalls deutlich: Die Flüchtlinge und Einwanderer werden zur „militärischen Bedrohung", zur „feindlichen Armee" und „Belagerung", die Bundesrepublik zu einem Land im „Belagerungs- und Kriegszustand. (...) (Es) deutet sich an, daß die verschiedenen Symbole nicht isoliert voneinander funktionieren, son-

dern in einem systematischen Zusammenhang stehen. So bilden die in den Medien zum Thema Asyl stereotyp wiederholten Symbole eine Kette von Äquivalenzen, aufgrund derer sich folgende Analogien ergeben. Die Bundesrepublik ist im Verhältnis zu Flüchtlingen und Einwanderern wie eine „Insel", ein „Land" ohne „Damm" angesichts der „Fluten"; wie ein „Boot" in den „Fluten" mit „geöffneten Schotten" bzw. „Undichtigkeiten"; wie ein Land, bei dem trotz einer „Belagerung" bzw. „Invasion" die Einfallstore weit offenstehen, wie ein „Haus", in dem ein „Sprengsatz" deponiert wird; wie ein „Körper", der von „Krankheiten", „Giften" wie z.B. „Drogen" bedroht ist; wie ein „Haus" mit „nichtfunktionierender Tür", angesichts eines „Riesenandrangs", bzw. „Ansturms" und schließlich wie eine „Oase der Ordnung" die bedrängt wird von der „Wüste des Chaos". Immer wieder wird hier durch die Symbolik dieselbe Situation entworfen, und zwar die eines Subjekts in absoluter Bedrohung: eine existentielle Situation für die BRD, für UNS also. Denn über die Symbolik kann gleichzeitig jede und jeder diese Subjektsituatuion direkt auf sich beziehen, auf mein Haus, meine Wohnung, meinen Körper. (...) Insgesamt eine Situation, bei sich die Frage des „sich wehrens" quasi aufdrängt: „Wie wehren sich unsere Nachbarn, Frankreich zum Beispiel?" (Bild 9.8.). Symbolisch wird diese Frage auch in anderen Zeitungen thematisiert, wenn etwa davon berichtet wird, daß die anderen europäischen Länder ihre „Schotten dicht machen".

Insofern scheint es kaum noch erstaunlich, daß angesichts der im August und September in den verschiedensten Medien und Politikerreden stereotyp wiederholten Formulierungen einer solchen symbolischen Situation gerade Gruppen mit entsprechender Gewaltbereitschaft sich zumindest legitimiert, wenn nicht gar aufgefordert fühlen, zu handeln. Hatte doch der Innenminister selbst von einer „umfassenden Abwehrstrategie" gesprochen und auch Engholm etwa von einer „Existenzfrage für die Bundesrepublik" (Die Welt 3./4.8.91). Bild formuliert wiederum offen die Konsequenzen aus der symbolisch aufgebauten Situation (26.9.91): „Wer ist schlimmer: Die Skinheads, die Brandsätze gegen Asylantenheime schleudern, oder die Politiker, die schlau reden und tatenlos zusehen. Das zeigt, wer in diesem Herbst handelt und wer abwartet."

Aber nicht nur Bild, auch andere Zeitungen und vor allem Politiker steigern trotz mörderischer Übergriffe auf Flüchtlinge und Einwanderer gerade die Beschwörung des Handlungsbedarfs, d.h. eines jetzt auch noch gesteigerten Bedarfs an Handlungen, die sich letztendlich gegen die Flüchtlinge und Einwanderer richten. Denn deren Anwesenheit wird jetzt auch noch zur Ursache für den Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit der Deutschen.

NEORASSISTISCHE POSITIONEN

Die Gewalttaten sind offensichtlich rassistisch motiviert, denn sie wenden sich gegen alle, die „nicht deutsch" aussehen. Aber hat denn auch die in den Medien und Politikerreden beschriebene Verwendung stereotyper Symbole eine solche rassistische Perspektive? Für die Verwendung des Begriffs „Asylant" trifft dies zumindest insofern zu, als aufgrund der typischen Zuordnung das Vorstellungsbild eines Begriffs eben auch ethnische Markierungen umfaßt. Gleichzeitig auffällig ist die mittlerweile gegebene Ähnlichkeit zwischen Äußerungen deutlich neorassistischer Organisationen wie etwa der „Republikaner", und solcher der Groß- und Regierungsparteien. (...)

Gleichzeitig finden sich jedoch auch bereits im Mediendiskurs Verknüpfungen der beschriebenen symbolischen Positionen mit elaborierten neorassistischen Konzepten. Ganz allgemein wichtig ist dafür die extreme Zuspitzung und Verhärtung des symbolisch aufgebauten dualistischen Schemas von „WIR" und den bedrohlichen „Anderen", das bedrohliche „außen". Denn mit dieser Schematisierung läßt sich eine negative Kulturtypologie entwerfen, und damit eben die – wie Stuart Hall und Etienne Balibar es genannt haben – kulturalistische Formulierung eines neuen Rassismus. D.h. der Neorassismus formuliert kulturelle Standards, aus denen sich natürlich schnell eine entsprechende Hierarchie. entwickeln läßt. (...)

Wie nun genau solche kulturalistischen Formulierungen eines neuen Rassismus aussehen können, das läßt sich an einem Abschnitt aus der Welt vom 10.8.91 genauer klären:

Diesem Typ des Chaos-Flüchtlings (...) gilt es, verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Denn er flüchtet nicht nur vor dem Chaos, er bringt es, willentlich oder nicht, hierher mit. Viele Chaos-Asylanten verfügen gar nicht mehr über Erfahrungen in einem geordneten Gemeinwesen oder gar in einem geschlossenen Kulturkreis. So reizvoll die Vorstellung einer sich selbst befruchtenden Multikultur sein kann, hier ist der Begriff absurd. Hier kommen Menschen mit den Trümmern einer zerbrochenen Welt im Kopf – und tauchen hier wieder in eine höchst fragwürdige Subkultur ein, die – Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel – entweder in Apathie und lebenslange Fremdheit oder in die Kriminalität weist.

Also nicht die „rein-rassische Volksgemeinschaft" ist hier die „höchste Lebensform", aber der „geschlossenen Kulturkreis". Vermischungen von Kulturen führen eher in die „Subkultur". Wobei dieser Begriff in dem Kommentar der Welt wohl bezogen ist auf die hierarchische Vorstellung und eine eindeutig negative Akzentuierung erhält. Entsprechend komme es automatisch zu „nicht gesundem", „anormalen" Verhalten und zum „Chaos". Der neue Rassismus bestimmt also eine notwendige Trennung bzw. Absonderung von dem „Anderen" nicht über „Rasse", „Blut" sondern über „Kulturkreis" bzw. „Ethnie", und entsprechend argumentiert er auch nicht vorrangig biologistisch, sondern eher soziobiologisch oder psychologistisch bzw. kulturalistisch. Dennoch – und insofern bestätigen die aktuellen diskursiven Ereignisse in der BRD die Annahmen Balibars – formuliert er das Konzept der Ethnie als naturgesetzlich. Was auch ganz mediengerecht und modernistisch als „Zweifel an der ethnischen Kompatibilität" (Zeit) beschrieben werden kann. Denn ein Verstoß gegen die Regeln der „Ethnientrennung" führt angeblich zu den etwa im Welt-Artikeln genannten Problemen und vor allem zu rassistischen Pogromen. Und auf diese Weise präsentiert sich der Neorassismus zugleich als nicht-rassistisch, denn er gibt ja gerade vor, den Rassismus verhindern zu wollen und betont seine Distanz zum Nazismus. Auch hierzu ein aktuelles Beispiel, das außerdem noch die Verbindung mit den beschriebenen symbolischen Verfahren verdeutlicht. Rheinischer Merkur, 27.9.91:

Sind wir wieder soweit, das Pogrome möglich werden? Wenn weiterhin Ströme von Fremden in das Land schwappen und keine erfolgreichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung sicht-

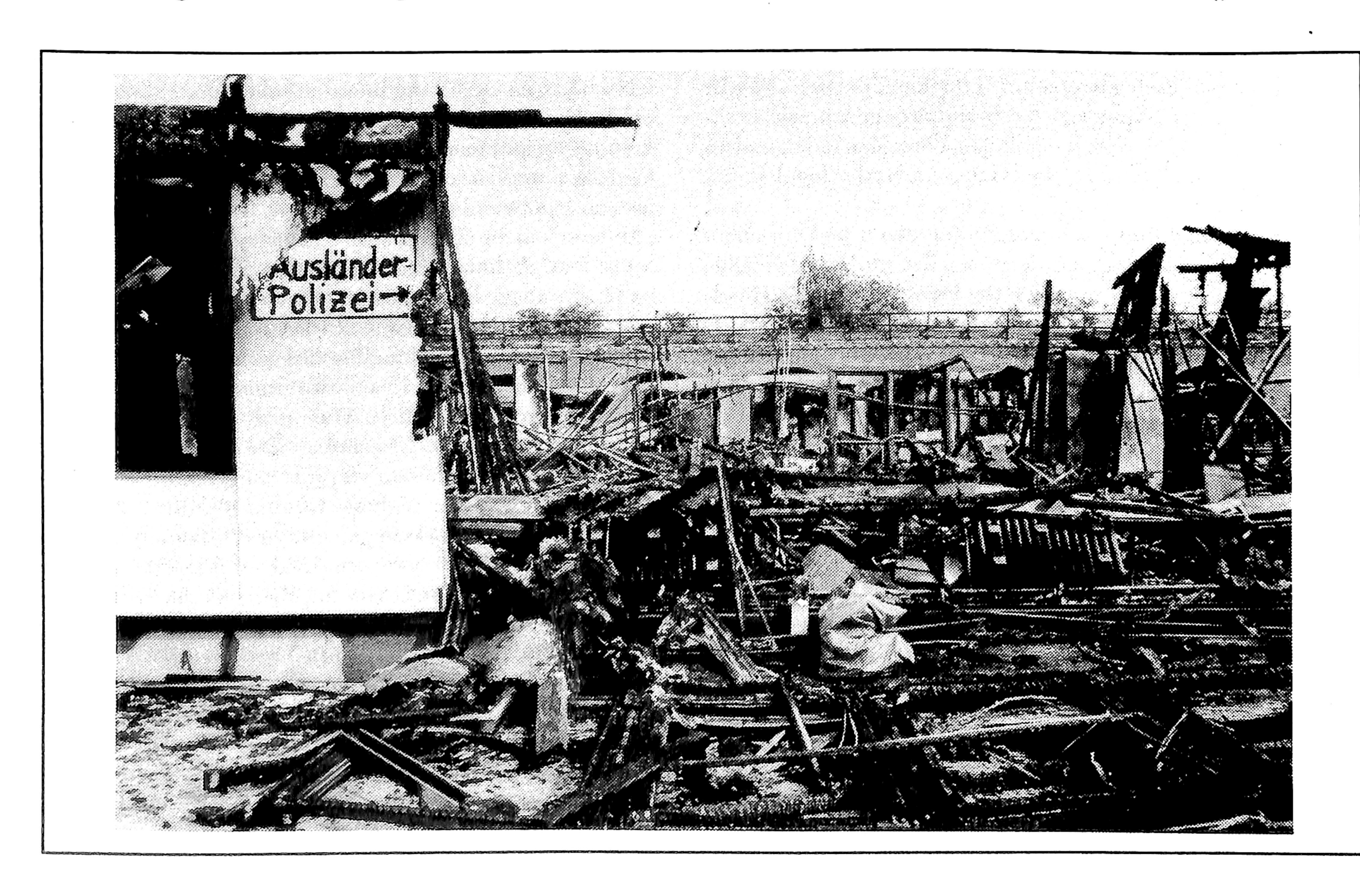
bar werden, dann in der Tat könnte sich die aufstauende Ablehnung in der Bevölkerung zu gewaltsamen Eruptionen führen, für die Hoyerswerda das Menetekel ist. (...) Im Westen Deutschlands ist die Stimmung gegen Ausländer auch eine Folge dieses Konkurrenzdenkens, aber mehr noch Ausfluß eines Abwehrinstinktes, der sich aus dem Gefühl nährt, mit der Flut nicht mehr fertig, gar am Ende Fremder im eigenen Land zu werden (...) Hat Frankreich nicht dieselben Probleme? In den von Nordafrikanern überschwemmten Vorstädten von Paris oder Marseille sind gewaltsam ausgetragene Konflikte an der Tagesordnung.

Neben der Flutsymbolik sind hier ethnische bzw. verhaltensbiologische Konzepte bestimmende Faktoren des Textes. Soziale Phänomene sind als ethnische formuliert. Flüchtlinge und Einwanderer werden nur noch als die „Fremden" thematisiert. Die absolute Bedrohungssituation mit endsprechendem Effekt der „Rechtfertigung" von Pogromstimmung als „natürlichem Reflex" wird hier sogar als Frage des „ethnischen Überlebens" beschworen. Dabei erhalten diese gefährlichen ethnischen Konzepte ihre Evidenz durch die Symbolik. Nach dem Schema „Fremde" gleich „Flut", bei fehlenden „Dämmen" droht „Überfremdung" gleich „Überflutung", „Überschwemmung".

Ein zentraler Aspekt für eine angeblich naturgesetzliche und damit eben auch „natürliche" Begründung für das neorassistische Konzept der Ethnientrennung ist die Verknüpfung mit dem ökologischen Diskurs, die auch über symbolische Verfahren läuft. (...) Gefährlich ist daran, daß heutzutage die ökologische Perspektive automatisch einen hohen Legitimationseffekt besitzt. Nach dem Motto „Wie viel Menschen verträgt das Land?" wird in der aktuellen Debatte etwa für den bayerischen Umweltminister Gauweiler das Asylrecht zu einem „Problem der Ökologie". Und entsprechend wird dann auch die Frage der Einwanderung zum Thema des Umweltprogrammes der CSU, die ja immerhin eine der Regierungsparteien darstellt. (...) Asylrecht und mögliches Einwanderungsrecht werden zu Umweltvergehen. Die Assoziation Flüchtlinge und Einwanderer gleich gefährliche, die Naturgrundlage zerstörende „Gifte" wird nahegelegt. Dafür finden sich ebenfalls Beispiele in der diesjährigen Mediendebatte. Da gibt es bereits seit längerem „die Grenze der Belastbarkeit" und neu etwa die „Altfälle", bei denen die „Altlasten" naheliegen. „Was hat das Klima im Revier so vergiftet?" fragt Bild (21.9.91). Als Gründe für eine solche Klimakatastrophe, die hier sicherlich assoziierbar ist, werden dann im Artikel der bedrohliche „Ansturm" und die „kulturelle und religiöse Kluft" etwa zu „moslemischen Libanesen" oder zu „herumziehenden Roma" genannt. Aber nicht nur Bild sondern auch der Spiegel (14.10.91) spricht von „Gift". Mit dem Titel „Hier steigt die Giftsuppe auf" wählt er ausgerechnet die Aussage eines mehr als dubiosen „Kulturphilosophen" zur fetten Überschrift eines langen Berichts über „Konflikte mit Roma-Kindern im Hamburger-Karolinenviertel". Aus der Perspektive der deutschen Anwohner wird in dem 14 Seiten langen Beitrag beschrieben, wie sie zu Opfern von Kleinkriminalität, Aggression, Krach und sexueller Anmache der Roma-Jugendlichen, die übrigens auch bereits mit Drogen handeln, geworden sind. (...)

GEFÄHRLICHE PARALLELEN – "ROTE ERDE" (KAMPFBLATT DER NSDAP FÜR WESTFALEN)

Wie bereits gesagt, soll die folgende Gegenüberstellung nicht einer sicherlich viel zu einfachen Gleichsetzung das Wort re-



den. Es geht vielmehr um den möglichen Zusammenhang von Mediendiskurs und Gewaltpotential und vor allem um die Kritik an der mehr als fahrlässigen Verschiebung rassistischer Eskalation auf den „Rechtsextremismus". Denn durch eine solche Verschiebung werden wichtige Ursachen und auch das gefährliche Ausmaß dieser Entwicklung schlicht übersehen. Deshalb sei abschließend noch einmal verdeutlicht, welche Positionen bereits innerhalb des allgemein eben nicht als extremistisch, sondern als akzeptabel erscheinenden Bereichs des Mediendiskurses der BRD möglich sind. Denn genau hier besteht der vielbeschworene „Handlungsbedarf" tatsächlich, und zwar als ein Bedarf an phantasievoller Irritation und Infragestellung solcher Positionen.

Rote Erde, 25.2.1931:
Juden wohnen in Palästen, Deutsche in alten Eisenbahnwagen.
Bild, 4.8.91:
Asylanten ... warum wohnen sie zum Teil in Villen und Hotels.
Rote Erde, 18.7.1931:
Vorsicht! Jüdische Gauner gehen um (...) Hier haben wir wieder den typischen Juden. Er rechnet mit der Naivität der deutschen Arbeiter und Handwerker und versucht, die augenblickliche Lage gewinnbringend für sich auszunutzen, dadurch, daß er den Leuten ihre letzten Spargroschen abgaunert.
Bild, 14.8.1991:
Jeder fünfte Asylant macht sich strafbar (...) Im Strom der Asylanten schwimmen viele Verbrecher mit (...) Auffällig: deren „Spezialisierung": Kriminelle Jugoslawen gehen anders vor als Polen, Albaner, Bulgaren, Türken. Ein Überblick: Rumänen Einbruch und Diebstahl. Polen Schmuggel und Autoklau. Albaner Hütchenspiel. Jugoslawen Zuhälterei. Türken Drogenhandel.
Rote Erde, 15.12.1932:
Deutschland wurde das von der jüdischen Pest meistbedrohte Land nicht nur wegen seiner Nachbarschaft zu Polen, sondern wegen der widerwärtigen Dienstbeflissenheit der SPD-Minister gegenüber der jüdischen Einwanderung aus dem Osten. (...) Von der bodenlosen Unverschämtheit galizischer und anderer polnischer Juden bekommt man in Berlin einen Begriff in den Moabiter Gerichtssälen, wo deutsche Gerichte mit der Aburteilung von ostjüdischen Hehlern und Taschendieben überbeschäftigt sind.
FR, 10.8.91:
Der Weg über die Tschecheslowakei wurde zur zentralen Einfallsroute in den Wohlstandswesten.
Spiegel, 3.9.90:
An den Grenzen im Osten warten bereits die nächsten Tausendschaften. (gemeint sind Roma)
Spiegel, 9.9.91:
Denn auch an der deutschen Ostgrenze, wo die Asylbewerber nur eine Minderheit der illegalen Zuwanderer stellen, haben laut Schäuble „in fast allen Fällen Schleuser den Grenzübertritt organisiert". Überdies, hat der Minister festgestellt, werde über die Ostgrenze immer häufiger Rauschgift ins Land geschmuggelt.
Rote Erde, 1.2.1931:
Die Judeneinfuhr unter preußischem Schutz (Frick, damals noch Thüringischer Staatsminister, habe gegen die „Einbürgerung einer großen Zahl von Ostjuden" protestiert, der Reichsrat habe trotzdem zugestimmt U.G.) Das Jahr 1929 bringt für Preußen eine weitere inflationsartige Steigerung der Judeneinfuhr um 4,6 Prozent auf 12,6 Prozent, während der Durchschnittssatz für die übrigen Länder um 0,1 Prozent auf 6,1 Prozent zurückging. (Es folgen weitere Rechnungen U.G.) Die Zahlen beweisen einwandfrei, daß es das rote Preußen ist, das in ständiger Steigerung Anträge auf die Einbürgerung von Juden stellt. (...) Umso dankbarer muß es begrüßt werden, daß Dr. Frick energisch und unbeirrt dieser von Preußen geförderten Verseuchung des deutschen Blutes entgegentritt und bei seiner Ablehnung bleibt trotz allen Geschreis der marxistischen Judenvorkämpfer. (...) Wir jedenfalls danken Dr. Frick, daß er der Flut einer weiteren jüdischen Einwanderung einen Damm entgegenstellt, denn wir meinen, daß wir schon viel zu viele Juden und Ostausländer in Deutschland haben.
Spiegel, 30.9.91:
Kriminelle Schlepperorganisationen, die für Asylanten-Nachschub sorgen.
Bild, 18.9.91:
Was ist eigentlich ein SPD-Asylant? Rühe sagt's (...): Die SPD Spitze muß jetzt endlich Farbe bekennen. Jeder Asylant, der nach dem 27. September ins Land kommt, ist ein SPD-Asylant.
Bild, 14.8.91:
Wahre Massen an Asylbewerbern und Aussiedlern – vor allem aus Osteuropa – fluten nach Deutschland.
Rheinischer Merkur, 27.9.91:
Wenn weiterhin Ströme von Fremden in das Land schwappen und keine erfolgreiche Maßnahmen zu ihrer Eindämmung sichtbar werden, dann in der Tat könnte die sich aufstauende Ablehnung in der Bevölkerung zu gewaltsamen Eruptionen führen ...



„UNSERE PÄSSE SIND UNS ALLEN INS GESICHT GESCHRIEBEN"

Auszüge aus einer Rede des schwarzen Aktivisten und Autors A.Sivanandan (Institute of Race Relations, London) während der Jahresversammlung des britischen Refugee Councils in London im November 1991:

Die britische Gesellschaft hat sich niemals ernsthaft mit ihrem Rassismus auseinandergesetzt, sie hat versäumt, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Und so sehen wir uns heute wieder einmal mit den gleichen Dingen konfrontiert wie in den Jahren '62, '64, '65, '68 und '71 zu Zeiten der Commonwealth Immigration Acts: Mit der Unfähigkeit und Heuchelei der Regierung, der Sensationsberichterstattung der Boulevard-Presse, den schmierigen Rationalisierungsversuchen der Intellektuellen auf Seiten der Rechten. Damals versuchte die Regierung uns weiszumachen, es ginge ganz allgemein um Immigration aus den Commonwealth-Ländern, während ihre Gesetze gezielt die schwarzen EinwanderInnen trafen. Ähnlich sprechen sie heute von Flüchtlingen und meinen doch die Flüchtlinge aus der sogenannten Dritten Welt. Hierbei handelt es sich nicht lediglich um einen harmlosen Euphemismus, sondern um eine absichtliche Verschleierung der Regierung, die es ihr erlaubt, das Gesicht zu bewahren. Daher kann Herr Baker auch ohne Schwierigkeiten behaupten: „Ich bin kein Rassist. Mir sind Menschen aus Polen nicht lieber als Menschen aus Zaire". Aber es sind die Leute aus Zaire, die vor einem totalitären Regime fliehen müssen und nicht mehr länger die Polen. Und es ist der Westen, der in den letzten 26 Jahren Mobutu in Zaire an der Macht gehalten hat. Wie in den 60er Jahren ist die Debatte wieder einmal bei den üblichen Zahlenspielen angelangt. Damals galt als Argument, daß mit weniger Schwarzen im Lande sich die Beziehungen zwischen der weißen Mehrheit und der schwarzen Minderheit verbessern würden. Heute wollen sie uns erklären, daß eine Senkung der Flüchtlingszahlen zum Abflauen des Faschismus führe. „Wenn wir es nicht schaffen, die Einwanderung stärker zu kontrollieren", verkündete Herr Major beim Gipfeltreffen in Luxemburg, „dann riskieren wir damit das Anwachsen des Rechtsradikalismus". Desto weniger Flüchtlinge da sind, desto weniger Angriffsziele für die Faschisten. Die unglaubliche Schlußfolgerung dieses Unsinns lautet: Ohne Flüchtlinge gibt es auch keine Faschisten.

Diese Art der Argumentation führt zu einer Legitimierung des Rassismus, schiebt die Schuld auf die Flüchtlinge selbst und verleiht dem Faschismus mehr Glaubwürdigkeit. Es war diese Art der Argumentation, die es ermöglichte, daß die deutsche Regierung mit ihrem absolut unverantwortlichen und rassistischen Handeln in Hoyerswerda, als sie, anstatt die Flüchtligswohnheime vor den Attacken der Faschisten zu schützen und die Angreifer zu verhaften, die Opfer in andere Lager sperrte, davonkommen konnte. Und ähnlich wie in den 60er und 70er Jahren schrecken die Politiker nicht davor zurück, aus dem Rassismus bei den kommenden Wahlen ihren politischen Gewinn zu ziehen. 1964 war es Peter

Griffiths in Smethwick, der seinen Wahlkampf mit dem Slogan: „Wenn Sie einen Neger zum Nachbarn haben wollen, müssen Sie Labour wählen", führte. 1978 war es Frau Thatcher mit ihre Verlautbarung, daß „immer mehr Menschen in Britain davor Angst haben, daß unser Land von Leuten mit einer anderen Kultur überschwemmt wird". 1991 schließlich haben wir Herrn Lloyd aus dem Innenministerium, der meint: „Es kann nicht angehen, daß ganz Asien und Afrika nach London kommt, um bei uns zu leben". Die Geschichte lehrt uns, auch die Labour-Partei wird keine Minute zögern, sich auf den selben rassistischen Pfad zu begeben, wenn sie erkennt, daß die Tories ihnen mit ihren Wahlkampfthemen die Stimmen wegschnappen.
Aber der Rassismus der 60er und 70er Jahre wird nicht nur wiederholt und wiedergekäut, der Rassismus hat in den 90ern auch einige neue Komponenten hinzugewonnen. Indem vom Rassismus in anderen europäischen Ländern abgeschaut, sich auf den kleinsten Nenner des französischen und deutschen Rassismus geeinigt wird, entsteht im Laufe der Zeit eine gemeinsame europäische Politik zur Unterdrückung und Verfolgung aller Flüchtlinge und Asylbewerber.

Und dieser gemeinsame Rassismus des vereinigten europäischen Marktes, dieser neuartige pan-europäische Rassismus, hilft bei der Schaffung neuer Mythen und Stereotypisierungen, bei der Enstehung einer besonderen Form der Institutionalisierung von Ausgrenzung und eines neuen pan-europäischen Faschismus. Ein Beispiel dieser Mythenbildung ist die Ansicht, bei der Mehrheit der nach Europa flüchtenden Menschen handele es sich um Lügner, die vorgeben politisch verfolgt zu sein, während sie in Wahrheit aus rein ökonomischen Gründen ihr Land verlassen. Bei dieser Unterscheidung zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und politisch Verfolgten, besonders wenn sie auf die Dritte Welt angewendet wird, geht es um eine absichtliche Verfälschung der Realitäten. Es wird der monolithische Charakter der politischen Welt, auf die wir uns zubewegen, die sogenannte Neue Weltordnung, noch nicht einmal erwähnt.
Was überhaupt soll die Dritte Welt eigentlich sein? Sie existiert nicht mehr, nur noch als ein Aspekt, als eine Konsequenz dieser sogenannten Ersten Welt, als Hinterhof, als das Hinterteil. Die Regierungen in der Dritten Welt haben noch nie selbst regiert. Die Regime sind nicht von den Völkern gewählt worden, und doch können sie sich an der Macht halten, weil sie ihre Länder für westliche Investoren und ihre Märkte für westliche Produkte öffnen, weil sie Dienstleistungen und Ablagerungsplätze für westlichen Müll und einen Ort für westliche Wohltätigkeiten anbieten. Wenn diese Regierungen sich den eigenen Völkern verpflichtet fühlen, werden sie über Entwicklungshilfe erpresst und von Schuldenbergen erstickt, und vom Internationalen Währungsfond und der Weltbank gezwungen, die Bevölkerung weiterhin niederzuhalten. Nehmen wir als Beispiel Guyana, das eigentlich, besonders nach seiner Unabhängigkeit, den Menschen, die dort leben, gehören sollte. Alles was sich seitdem verändert hat, ist, daß aus dem zuckerproduzierenden Guyana Bookers' das Guyana Beaverbrooks' geworden ist. Die bisher unberührten Wälder Guyanas und seine Holzreserven (und damit die Stämme der Ureinwohner) werden heute an die niederländische Konzerngruppe des Lord Beaverbrook ausverkauft, weil der IWF nun einmal beschlossen hat, dies sei der einzige Weg, wie das Land seine Schulden begleichen kann. Oder betrachten wir die Agrar- und Handelspolitik der Ersten Welt, die die Länder der sogenannten Dritten Welt davon abhält, sich selbst ernähren zu können. Die Landwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft, die auf eine maximale (im Gegensatz zu einer optimalen) Produktion abzielt, schafft massenhafte Überschüsse, mit denen dann die Dritte Welt überschüttet wird. Sie zerstört die landwirtschaftlichen Grundlagen dieser Länder und treibt die ländliche Bevölkerung in die Slums der Großstädte. Die GATT-Politik setzt die Dritte-Welt-Länder nicht nur den Greueltaten eines freien Wettbewerbs auf dem Weltmarkt aus, sondern wacht darüberhinaus über die strikte Einhaltung marktwirtschaftlicher Prinzipien und verhindert interne Maßnahmen wie Unterstützungszahlungen an die eigenen Bauern oder Gesetze, die die Abholzung der Wälder verbieten. Der US-amerikanische GATT-Delegierte hat diese Politik besonders anschaulich in einem Satz zusammengefaßt, als er sagte: „Sie müssen sich mich als den Vertreter des amerikanischen Handels mit einem Brecheisen in der Hand vorstellen ... Damit öffne ich die Märkte und halte sie offen, so daß unser privater Sektor davon profitieren kann".
Die Regeln der freien Marktwirtschaft haben unsere Länder zum Tode verurteilt. Sie führen zu ökologischen Katastrophen, zur Vertreibung unserer Bevölkerung und zur Verarmung der Massen und zum Wohlstand einer kleinen Minderheit. Armut verursacht politische Unruhen und politische Repression, und politische Unterdrückung verursacht politische Flüchtlinge.

Die Unterscheidung zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und politisch Verfolgten unterschlägt daher wesentliche Schritte innerhalb des Prozesses, der aus wirtschaftlichen Flüchtlingen politische Flüchtlinge werden läßt. Sie negiert eine grundsätzliche Tatsache: Eure Ökonomie bestimmt unsere Politik. Deswegen darf die Aufnahme von Flüchtlingen sich nicht nach Zahlen sondern nur nach den Bedürfnissen der geflohenen Menschen richten. Es geht um die Anerkennung der Verzweiflung der Menschen auf ihrer Suche nach Zuflucht, und nicht darum festzulegen, wieviele überhaupt das Recht darauf haben, verzweifelt zu sein.
Wenn ich an dieser Stelle einige der Mythen, Stereotypisierungen und falschen Darstellungen benannt habe, die der neue pan-europäische Rassismus aufgebracht hat, so darf darüber der neue institutionalisierte Rassismus nicht vergessen werden, der gleichermaßen von der Trevi-Gruppe der Minister und Polizeichefs und den Herren der zwischenstaatlichen Abkommen von Schengen geschürt wird. Obwohl Trevi angeblich zur Bekämpfung des Terrorismus und des Drogenhandels und Schengen zur Lösung der Probleme illegaler Einwanderung und Flüchtlingsbewegungen beitragen soll, sind beide Einrichtungen Teil einer gemeinsamen Kultur des Euro-Rassismus. Eine Kultur, die alle Menschen aus der Dritten Welt als Immigranten und alle Immigranten und Flüchtlinge als Terroristen und Drogendealer betrachtet, und einen Staatsbürger nicht von einem Immigranten, einen Immigranten nicht von einem Flüchtling, geschweige denn einen Schwarzen von einem anderen Schwarzen auseinanderhalten kann.

Unsere Pässe sind uns allen ins Gesicht geschrieben.

DEUTSCHLAND IST AUSLÄNDERFREUNDLICH

Der folgenden Artikel wurde dem ak 336. entnommen. Die AutorInnen haben ihn um einige Abschnitte gekürzt und leicht verändert.
Obwohl er bereits im November erschien, ist er immer noch aktuell.
Denn an der beschriebenen Situation hat sich seitdem nicht viel verändert. Untersucht werden soll der nationale, rassistische Konsens in Deutschland und wieso sich dieses Land gleichzeitig so betont, so gründlich ausländerfreundlich zeigt.

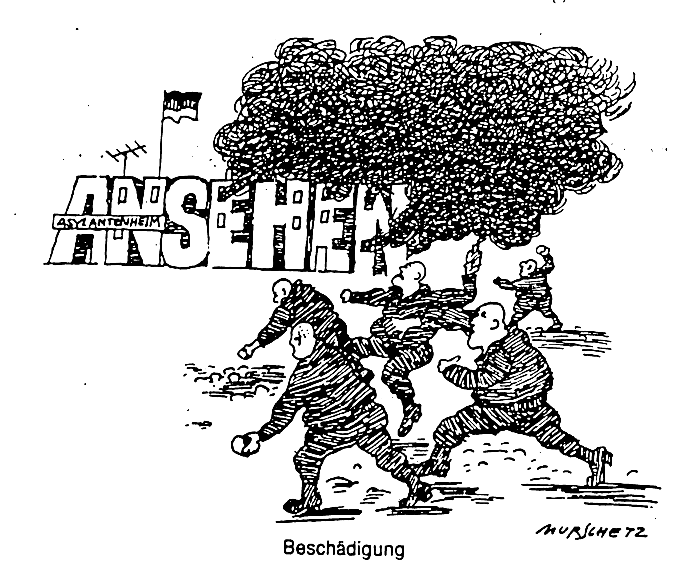
„Alle wollen das gleiche, aber jeder anders"

Es ist Helmut Lölhöffel zu danken, daß er die Positionen von CDU/CSU, FDP und SPD vor dem zweiten „Asylgespräch" beim Bundeskanzler so deutlich formulierte. (2) Der Bonner FR-Korrespondent führte dies aus: „Alle Beteiligten wollen im Grunde das gleiche: sie suchen nach einem politischen Konzept, um die anhaltende Zuwanderung nach Deutschland so zu begrenzen, daß die in weiten Teilen der Bevölkerung hochschlagenden Emotionen im Zaum gehalten werden können". Hinzuzufügen ist noch, daß diese Beschreibung selbst dann nicht geändert werden müßte, wenn auch die GRÜNEN und die neofaschistische DVU an dem Parteiengespräch teilgenommen hätten.
Diese weitgehende inhaltliche Übereinstimmung, die selbst unter Parteien festzustellen ist, die nach klassischer Lesart grundverschiedene Ziele verfolgen, ist Ausdruck eines Verständigungsprozesses, der nicht nur in der „politischen Klasse", sondern tatsächlich im ganzen Volk stattgefunden hat. Der Minimalkonsens, der hierbei herausgekommen ist, läßt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen: „Es gibt ein Problem, das wir lösen müssen, nämlich die Asylanten. Da sie Ausländerfeindlichkeit provozieren, muß ihr weiterer Zugang geregelt werden. Der Streit über das Asylrecht muß beendet werden. Wirklich politisch Verfolgten gewähren wir Asyl. Davon strikt zu unterscheiden ist die übergroße Mehrheit der Wirtschaftsflüchtlinge, für die das natürlich nicht gelten kann. Das Ansehen Deutschlands darf auf keinen Fall gefährdet werden". Zu diesen nationalen Komponenten des Konsens' kommen die sozialen: „ die Angst vor Fremden ist verständlich. Eigentlich handeln die Skins aus Angst, und fühlen sich durch die Asylanten gestört. Fremdenhaß beruht auf den sozialen Problemen, die wir haben".

Auf dieser Grundlage, und unter genauer Beachtung der Regelung, daß Flüchtlinge wieder Asylanten heißen, kann nun über die Mittel verhandelt werden, mit denen das einmal erkannte Problem zu lösen ist. Verschiedenes wird vorgeschlagen: Die GRÜNEN, die SPD und auch der Bundespräsident (3) bevorzugen ein Einwanderungsgesetz, buchstäblich alle haben Tips parat, wie die Asylverfahrensdauer verkürzt werden kann und die Skins streben bekanntlich die Lösung mittels Brandbomben und Baseballschläger an. Sehr viel spannender ist auch der „Streit" über den Artikel 16 des Grundgesetzes nicht. Das eigentlich interessante, bzw. das wirklich erschreckende dieser Debatte ist nicht, wie zivil, human, praktikabel oder barbarisch die einzelnen Vorschläge sind, sondern daß mensch sich vorab schon auf die Verlierer geeinigt hat. In jedem Fall werden das nämlich die Flüchtlinge sein und insbesondere die, die noch gar nicht hier sind.
"Alle wollen das gleiche? Aber es gibt doch auch noch Gegenwehr". Stimmt: als im Berliner Villenvorort Dahlem Flüchtlinge aus Hoyerswerda ein kircheneigenes Haus bezogen, gründeten die Nachbarn flugs eine „Bürgerinitiative zur Verhütung des Rechtsextremismus" und sammelten Unterschriften dafür, daß die Flüchtlinge wieder aus Dahlem verschwinden müssen. (4) Die Logik der Begründung – Schuldzuweisung und Drohung zugleich – kennt heute jedes deutsche Kind: Da „Asylanten" Rechtsextremismus förmlich anziehen, müssen erstere Weg. Ohne „Asylanten" – keine Skins.

Nazis gegen Ausländerhaß/Kapital gegen Gewalt

Selbst auf traditionelle Feindbilder der radikalen Linken, etwa das der „Faschisten als Kettenhunde des Kapitals" ist in der heutigen Zeit kein Verlaß mehr. Während dieses Erklärungsmuster immer noch landauf, landab in aufklärerischer Pose bemüht wird, um die funktionale Verknüpfung von beiden zu erklären, beklagen die Herren des Kapitals laut die Dysfunktionalität des rassistischen Terrors für stabile Verwertungsbedingungen.
Die deutschen Faschisten zeigen, daß sie in der Lage sind, sich sprachlich anzupassen. In der „Nationalzeitung" der neo-



Beschädigung

Die „Zeit" sieht nicht Menschen angegriffen

faschistischen DVU, die im September mit 6,2% in die Bremer Bürgerschaft gewählt wurde, läuft beispielsweise seit Wochen eine Aktion „Scheinasylanten ausweisen – Ausländerhaß bekämpfen!“, die ganz im gesellschaftlichen Mainstream begründet wird: „Nur wenn Scheinasylanten und kriminelle Ausländer konsequent ausgewiesen werden, wird jeglichem Ausländerhaß der Boden entzogen“. Würde auf das – verräterische – „konsequent“ verzichtet, könnte das auch im Spiegel stehen. In einem Bericht über die Gründung des DVU-Landesverbandes Sachsen am 3.10. heißt es: „Zugleich sprach sich Frey gegen eine Grundgesetzänderung aus. Wirklich poltisch Verfolgten müsse auch in Zukunft Asyl geboten werden. Mit scharfen Worten verurteilte der Redner jede Form von Gewalttätigkeit gegenüber Ausländern wie Inländern. Vorfälle wie in Hoyerswerda seien eine Schande“. (5) Im Vergleich mit manchen CDU-Politikern, die sich vor Populismus übergeben und wie Bundeskanzler Kohl und die CDU/CSU Franktionschefs eine Änderung des Grundgesetzes fordern (6), kann sie DVU-Chef Frey, er ist schließlich „vom Fach“, biedermännisch geben: „Wir brauchen nämlich keine Anheizung der ohnehin schon viel zu sehr aufgeladenen Atmosphäre durch die schon seit Jahren währende Diskussion, ob das Grundgesetz geändert werden muß. Es braucht nicht geändert zu werden“.

Von höherem Erkenntniswert als die Frage, ob es sich hierbei um Demagogie handelt, ist die, warum ein Mann wie Frey sie so betreiben kann. Sogar bei den Skins hat sich, glaubt mensch dem Spiegel vom 14.10.91, herumgesprochen, wie der Konsens formuliert wird: „Selbst die Lichtgestalt aus Bild-Kommentaren und Kanzlerreden, der echte Asylant, hat Platz im Weltbild der Hünxener Skins: Wer wirklich politisch verfolgt sei, sagt Marco großzügig, `kann gerne nach Hünxe fliehen'. Aber die, die jetzt hier seien, das sind doch alles Scheinasylanten“. Ein Kollege von ihm, der wegen eines Überfalls auf Kinder (!) aus Tschernobyl vor Gericht steht, forderte Verständnis dafür ein: „Gewalt ist seinen Worten zufolge ‚ein Mittel' gegen Ausländer“.(8)

Was aber halten die „Herrchen“ dieses jungen „Kettenhundes“ von solchen Mitteln? Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und der Bundesverband der deutschen Industrie wollen beispielsweise zwar auch „dem Mißbrauch des Asylrechts begegnen“, auf die Titelseiten kommen sie jedoch mit ihrer Verurteilung von „jede(r) Gewalt gegen Ausländer und Flüchtlinge als unmenschlich“. (9) Zwei Wochen später läßt der Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages, Stihl, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Er sprach sich für härtere Strafen gegen Gewalttäter und für Patenschaften für Ausländerwohnheime aus“. (10) Werden demnächst Autonome Arm in Arm mit den Jungs vom Verband der Jungunternehmer nachts Wache halten? Und wer ruft noch „Hinter dem Faschismus steckt das Kapital“? Kapitalchef Stihl nennt jedenfalls handfeste Gründe, warum mit dem rassistischen Terror Schluß gemacht werden muß: „Die Bundesrepublik brauche `ein positives Bild im Ausland, weil wir auf ausländische Unternehmen angewiesen sind'. (...) Stihl betonte, die Bundesrepublik profitiere von den ausländischen Mitbürgern ‚enorm'.“

Anders ausgedrückt erklärt Stihl rassistischen Terror für dysfunktional für die sensiblen deutschen Exporte und für den inneren Betriebsfrieden. Eine Untersuchung der Diskussionen in den diversen Wirtschaftsblättern über „Multikulturelle Gesellschaft“, „Einwanderungsgesetz“, „Saison-Arbeiter-Konzepte“, „befristete Gastarbeiterverträge“ u.ä., aber auch ein Blick hinter die Fabrik- und Bürotüren, würde klar machen, daß die Stihl'schen Erklärungen nichts mit Anti-Rassismus zu tun haben. Das Vorrechnen des wirtschaftlichen Nutzens der „Ausländer“ für „uns“ und das Widerlegen von Vorurteilen wird seit Jahren von gutmeinenden Leuten, und auch aktuell von zahlreichen Politikern betrieben; bloß, nutzen wird es wohl auch diesmal nichts. Trotzdem bleibt festzuhalten, daß „das Kapital“ in der aktuellen Auseinandersetzung objektiv fortschrittlicher auftritt, und bisweilen sympatischer als manche deutschen „KollegInnen“.

Über „Säufbrüder“ und andere harmlose Zeitgenossen

Den Sicherheitsbehörden wurde allgemein Kapitulantentum vorgeworfen und eine kleine Minderheit verdächtigte sie gar der Kumpanei mit den Tätern. Dieser Verdacht ließe sich durch zahllose Beispiele von Desinteresse, „Zuspätkommen“, Wieder-Laufen-Lassen u.ä. Verhaltensweisen örtlicher Bullerei spielend erhärten. Auffälliger aber als die vielen kleinen Sauereien ist diesmal die Reaktion der Bundesebene des Apparates. Das Bundeskriminalamt erklärte sich für „weitgehend machtlos“(20) und veröffentlicht seitdem aktualisierte Statistiken. Ist eine/r verwundert, wenn dabei herauskommt, daß die Schläger in der Regel Heranwachsende (also bekanntlich nicht ernstzunehmende), unter Alkoholeinfluß stehende (also schuldunfähige) und „spontan“(!) handelnde Einzeltäter sind, und daß alles nicht gesteuert ist?(21) und auch sonst ist das BKA fleißig am Sammeln, nämlich die ED-Behandlungsdaten von Flüchtlingen, die könnten sonst „Sozialhilfe mißbrauchen“ oder gar „Doppelanträge stellen.(22)

Was aber ist, wenn brave Bürger angesichts des Ausmaßes der Gewalt fragen, ob man die Rassisten nicht „wie Terroristen“ verfolgen könne? Bitte, Herr Generalbundesanwalt Alexander von Stahl:“Sie können davon ausgehen, wenn wir heute in der rechtsradikalen Szene solche Ansätze hätten wie bei den militanten Tierschützern, würden wir das Verfahren mit



Verve führen.“ Aber was ist mit den Skinheads? „ ‚Die Skinheads' gibt es als Organisation nicht. Skinhead, das ist eine Lebenshaltung“. Aber in Hünxe, da wo sie doch die beiden „Asylantenkinder“ verbrannt...? „Wir (haben) uns bei der Staatsanwaltschaft erkundigt, ob diese Fälle in unsere Zuständigkeit fallen könnten. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Staatsanwaltschaft die Sache auf die leichte Schulter



nimmt, aber die Antwort war, daß die Täter drei Saufbrüder sind, die sich regelmäßig in der Kneipe treffen". (23)
Die paar Razzien, die dann doch mal stattgefunden haben, der noch überall gemeldete „verstärkte Schutz von Asylbewerbern", ändern an der Grundtendenz nichts, den Nazis möglichst großen Spielraum zu geben.
Wenn der Vietnamese Bui Van Nho nach drei Wochen aus dem Koma erwacht, in das ihn drei Schüler(!) zuvor geschlagen hatten, wird der Rechtstaat aktiv: Nachdem sich die drei freiwillig bei der Berliner Polizei gemeldet haben und erklärten, sie wären „aus staatsbürgerlicher Verantwortung" gegen Zigaretten-Schwarzhändler vorgegangen, werden sie wieder laufengelassen, und der Polizei-Pressesprecher versichert, natürlich werde „in beide Richtungen ermittelt". Wie der Tagesspiegel vom 5.11.91 weiter meldet, hat Bui Van Nho seine Deutschkenntnisse verloren.

Die Volksfront fürs gute Ansehen

Erstaunlich, wer sich alles zusammengefunden hat, um gegen „Ausländerhaß", „Fremdenfeindlichkeit", „Rassismus" bzw. schlichter „gegen Haß und Gewalt" energisch zu protestieren. In Berlin hat sich ein breites Bündnis gebildet, das beispielsweise aus Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe, Berlins Regierendem Bürgermeister Diepgen (CDU), den beiden christlichen Kirchen, der Jüdischen Gemeinde, der Caritas, Gewerkschaften, dem Landessportbund u.v.a. besteht. Die Fahne der Humanität hochreckend, erklären sie „Ausländerfeindlichkeit ist Menschenfeindlichkeit"(24), das Prinzip der Toleranz wird gefordert, hat aber seine Grenzen: „Gegen strafbare Handlungen muß der Rechtstaat mit aller Entschiedenheit vorgehen". Soweit Banane, aber was ist in diesem Zusammenhang damit gemeint, daß „die Politik aber auch die sozialen Ängste der einheimischen (!) Bevölkerung ernstnehmen" müsse (25) oder damit: „allerdings müsse der Zugang von Ausländern auch überzeugend gesteuert werden"? (26) Ein vergleichbares Bündnis aus Niedersachsen erklärt „ohne Fremde sind wir allein" und – haarscharf an der Wahrheit vorbei – Mollies „treffen uns alle". (27) Im Osten entstehen erneut runde Tische (28), und auch DGB-Chef Meyer will in dieser Frage keine Parteien mehr kennen und betont: „Lösungsansätze werden sich nur in einem Bündnis der Vernunft aller Demokraten finden lassen. Dabei muß man sich darüber klar sein, daß es die Lösung nicht gibt, aber man kann etwas tun, ohne den Art. 16 des Grundgesetzes anzutasten. Eine Beschleunigung des Asylverfahrens ist machbar, auch wenn immer wieder anderes behauptet wird". (29)
Was ist mit der Vernunft der Demokraten? Der Asylkompromiß droht im Parteigezänk unterzugehen, beklagen unisono (!) die Leitartikler der großen Zeitungen. Dabei hatte alles so schön angefangen: Auf den Sofas beim Kanzler einigte man sich auf die Lösung, die nicht nur hübsche „zentrale Gemeinschaftsunterkünfte" (30) vorsah, sondern auch vorsorglich von den sechs Wochen, die Flüchtlingen in Zukunft zugestanden werden sollten, gleich „eine Woche (für) Aufenthaltsbeendigung" (31) reservierte – Gute Reise, besuchen sie uns nicht wieder.
Doch wir würden nicht in einer Demokratie leben, wenn sich die Parteien nicht trotz dieses Konsenses streiten würden. Eilig hatte es Frau Däubler-Gmelin (SPD), die forderte, daß die Vereinbarungen zur „Beschleunigung der Asylverfahrenschneller umgesetzt werden" müssen und der Regierung Verschleppung vorwarf. (32) In Anzeigen sieht die SPD die Gefahr, „daß die Chance für eine wirksame Begrenzung der Zuwanderung erneut ungenutzt bleibt". Einen Tag später, konterte Herr Rühe (CDU) und warf der SPD Schuld an den Gewaltakten vor. Diese sei mit ihrer Verweigerungshaltung dafür verantwortlich, daß das Problem des Asylmißbrauchs nicht gelöst werden könnte. (33)
Und wie hälts die restliche Opposition mit dem Asyl?
„Sogar die Grünen, insgesamt fundamentaler denn realitätsnah, haben eingestanden, daß der Zustrom der Eindämmung bedarf. Ihr Festhalten am Asylrecht ist Parole, ihr Beschluß, daß ein Einwanderungsgesetz notwendig sei, hingegen eine unübersehbare Marke dafür, wie hoch selbst in den Reihen der staatsfernsten Partei die Sorge gestiegen ist über die Zuwanderungszahlen und deren öffentlichen Widerhall", weiß die FAZ vom 16.9.91 zu berichten.
Die PDS hatte auf ihrem letzten Parteitag das Thema zum inhaltlichen Schwerpunkt. Es wurde ein Grundsatzpapier angenommen, in welchem für offene Grenzen eingetreten wird und die Aufforderung enthalten ist, von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge zu verstecken.
Es wird abzuwarten bleiben, was das für die Praxis der Partei bedeutet. Bislang ist diese nämlich uneinheitlich. So nimmt die PDS-Bundestags-Abgeordnete Dagmar Enkelmann an Gesprächen teil, bei denen sich die Anwesenden – neben ihr, einige Skins und „Ausländer" – einig waren, „daß die Ursachen für Ausländerfeindlichkeit in sozialen Problemen (...) zu sehen sind. Voreingenommenheit solte auch gegenüber den Skins abgebaut werden." (35) Andererseits liest mensch auch fundierte antirassistische Beiträge von Ulla Jelpke und Dieter Liehmann im ak. Bis die PDS sich auf eine erkennbare Linie geeinigt hat, lesen wir: „Angesichts der brutalen Gewalttätigkeiten solidarisiert sich der Deutsche Bundestag mit den Angegriffenen und denen, die sich schützend vor sie stellten – Polizei, Nachbarn und engagierte Bürger, aber ebenso Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeber". (36)

Deutschland im Herbst:
"Ein Herz für Ausländer"" (37)

Zwei Jahre nach der „Wiederaufrichtung des Reiches" bot Deutschland in puncto Rassismus scheinbar ein widersprüchliches Bild: In Halle ist es Faschisten gelungen am Jah-

restag der sog. „Reichskristallnacht" zu marschieren und öffentlich Auschwitz zu leugnen, in Berlin und anderswo setzte sich das selbsternannte Andere Deutschland in Bewegung. Doch jenseits dieser plakativen Gegensätzlichkeit ist zur Beschreibung der deutschen Zustände charakteristischer, daß durch alle politischen und gesellschaftlichen Lager hindurch sich ein rassistischer Konsens durchgesetzt hat.
Dieser nationale Konsens hat sich zudem deutlich nach Rechts verschoben. Positionen, die noch vor Jahren den Neofaschisten vorbehalten waren, werden heute im FR-Kommentar vertreten. Als Kampfblatt hat der Spiegel die Nationalzeitung abgelöst und am lautesten nach einer Änderung des Asylartikels im Grundgesetz schreien heute die Unionsparteien. Die ganze „Asyldiskussion" erweckt, je genauer mensch hinschaut, den Eindruck einer Scheindebatte. Es ist bei allem „Streit" zum Allgemeingut geworden, daß wir bestimmen, wer politisch verfolgt ist und wer nicht, und jedes deutsche Kind weiß bereits, daß 95% der Flüchtlinge in Wahrheit „Scheinasylanten" sind, die abgewehrt werden müssen. Flüchtlinge und ImmigrantInnen, die bereits hier sind, werden von dieser Gesellschaft zu bloßen Objekten erniedrigt. Das ist bei der staatlichen „Ausländer"-Politik offensichtlich, aber auch das Motto, daß sich die Ausländerfreunde vom CDA gewählt haben, erinnert nicht aus Zufall an das millionenfach verbreitete „Ein Herz für Kinder". Selten wird es so deutlich wie dort, daß die ganze Ausländerfreundlichkeit nichts anderes ist als ein anderer Ausdruck derselben – im Kern rassistischen – Sichtweise.
Wie der bestehende rassistische Konsens in Zukunft materiell rechtlich gefaßt werden wird, ist im Detail noch unklar. Deutlich zeichnet sich z.Zt. bereits aber ab, daß Deutschland in der Frage einer vereinheitlichten Asyl- und Migrationspolitik seine Vorreiterrolle innerhalb der EG und auch im restlichen Europa ausbaut. In welche Richtung diese Rolle ausgeübt wird, zeigt die Äußerung von Bundesinnenminister Schäuble auf der Innenministerkonferenz Ende Oktober im Berliner Reichstag. Für ihn ist nichts geringeres als der Friede in Europa in Gefahr, wenn es nicht gelänge, die Wanderungsbewegungen aus Ost- und Südosteuropa einzudämmen. (38) Zukunft werden, neben einer europäisch koordinierten Abschottung, wohl Modelle der „Bekämpfung von Fluchtursachen in den Heimatländern" haben, und sei es auch nur, um innerhalb der Metropole den Eindruck zu erwecken, man tue etwas. Ansonsten wird die nächste Zeit von der Diskussion um ein Einwanderungsgesetz bestimmt sein. Wie formulierte es der Multi-Kulti-Vorreiter Cohn-Bendit so schön: „Damit könnte die Bundesrepublik beispielweise festlegen, wieviel Arbeitskräfte hereingelassen werden".
Bleibt noch zu klären, weshalb gleichzeitig diese gründliche Ausländerfreundlichkeit geübt wird. Der Journalist Dieter Kronzucker kritisiert die Schläger so: „Diese Barbaren reißen damit in einer Jahreszeit ein, was unsere Gesellschaft über vier Jahrzehnte aufgebaut hat: Ein neues deutsches Ansehen in der Welt". (39) In Form eines doppelten Betruges wird versucht dem Ausland und sich selbst das Bild eines Anderen Deutschland vorzumachen. Das schlechte Gewissen darüber, daß es in Wahrheit das alte Deutschland ist, motiviert die Ausländerfreunde. Dieser Umstand sollte im Ausland bekannt sein. Demonstrationen gegen den deutschen Rassismus haben möglicherweise mehr Aussicht auf Erfolg, wenn sie, wie am 9.11.91 geschehen, mit 1 500 TeilnehmerInnen in Schweden vor der deutschen Botschaft in Stockholm oder zwei Tage später in London vor der dortigen Botschaft, stattfinden. (40)

mo./Berlin Gruppe K



Anmerkungen:
Die Anmerkungen 11-19 und 34 entfallen w/Textkürzung der AutorInnen.

1) Es gibt nicht nur Fascho-Skins: Antifaschistische Red-Skins demonstrierten erst am 10.11.91 wieder gegen Rassismus in Hannover (FR 11.11.91). Wenn im folgenden von Skins die Rede ist, sind also immer Fascho-Skins gemeint.
2) FR 10.10.91
3) FR 11.11.91, Tagesspiegel (Tsp) 12.11.91
4) Taz 12.10.91, Prowo Nr. 19
5) Nationalzeitung, Nr. 42/91
6) FR 27.9.91
7) Vgl. 5
8) FR 7.11.91
9) FR 10.10.91
10) Tsp. 25.10.91
20) FR 10.10.91
21) "Die Statistik zeige auch, daß von den 324 bisher festgenommenen Gewalttätern (bei bis dato 1331 registrierten Straftaten!) nur 34 zu den Skinheads gehörten, hieß es. Die übrigen Täter hätten oft Kontakte zur rechtsradikalen Scene, seien aber nicht organisiert", Berliner MoPo 24.10.91
22) FR 22.10.91
23) Diese und noch viele andere schöne Antworten des Nachfolgers von Rebmann sind im Interview „Wir stehen Gewehr bei Fuß" in der FR vom 12.10.91 nachzulesen.
24) FR 17.10.91
25) Taz 17.10.91
26) Staatssekretär Rückenriegel vom brandenburgischen Innenministerium, Tsp. 17.10.91
27) FR 10.91
28) Taz 9.10.91
29) Der Mann hat seine Nationalzeitung gelesen, und wäre kein Gewerkschaftsboss, wenn er im Taz-Interview vom 11.10.91 nicht darauf hinweisen würde, daß ein beschleunigtes Asylverfahren „mehr Personal erfordert".
30) Der (Springer-) BZ-Berlin fiel hierzu noch ein: „Die Reaktion im Ausland dürfte klar sein: Das sind die neuen deutschen Konzentrationslager" (11.10.91) – Sage also keine/r er/sie habe es nicht gewußt...
31) Die Vereinbarung steht im Wortlaut in der FR vom 10.11.91; Eine ausführlichere Erläuterung findet sich im ak 335, Seite 7
32) Berliner Zeitung 25.10.91
33) FR 26.10.91
35) ND 12.11.91, weitere Fundstellen für vergleichbares in der November-KONKRET
36) Rita Süssmuth für den Dt. Bundestag, FR 11.10.91
37) Letzteres ist der Titel einer geplanten Kampagne der CDU-Sozialausschüsse (CDA), FR 14.10.91
38) FR 31.10.91 „Schäuble sieht Frieden durch Flüchtlinge gefährdet"; vgl. aber auch die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über sogenannte Armutsflüchtlinge, FR 13.9.91
39) Berliner MoPo 13.10.91
40) Antifa-Info-Blatt Nr. 16 und Searchlight 12/91

GEMEINSAME ERKLÄRUNG VON FLÜCHTLINGEN AUS BERLIN, NORDERSTEDT, SCHWALBACH UND ANDEREN STÄDTEN VOM 8. DEZEMBER 1991

Diese Erklärung ist von einer Gruppe Flüchtlinge aus Hoyerswerda (Sachsen) und Schwalbach (Hessen) geschrieben worden und von den Flüchtlingen, die zur Zeit die Technische Universität Berlin besetzt halten sowie von den Flüchtlingen, die sich zur Zeit in der Schalom-Gemeinde in Norderstedt (Schleswig-Holstein) aufhalten.

Wir kamen zusammen, um die Probleme zu besprechen, die alle Flüchtlinge in Deutschland zur Zeit betreffen. Wir vertreten Flüchtlinge aus vielen Teilen Deutschlands. Das Recht auf Asyl ist in Artikel 16 Grundgesetz festgehalten. Es ist über die Jahre hinweg systematisch ausgehöhlt worden. Immer weitere Einschränkungen werden eingeführt, die es für die meisten Flüchtlinge praktisch unmöglich machen, in diesem Land politisches Asyl zu erhalten, obwohl viele trotzdem unter den Begriff „Flüchtling" fallen, wie ihn die Genfer Konvention definiert. Wir haben den Eindruck, daß diese Untergrabung des Rechts auf Asyl mit einer wachsenden Welle von Faschismus in Deutschland einhergeht, einer Welle, die besonders in der Ex-DDR spürbar ist.

Das faschistische Potential in der Ex-DDR ist wohlorganisiert und kann innerhalb einer kurzen Zeitspanne mobilisiert werden. Dies gilt sowohl für große als auch für kleine Städte, und ebenso für die ländlichen Gebiete. Wir wissen, daß dies so ist, weil viele von uns diese Erfahrung selbst gemacht haben, während wir in der Ex-DDR lebten.

Die Politiker in diesem Land haben mit der „Asyldebatte" Öl in das schon brennende rassistische Feuer gegossen. Dies ist einer der Gründe, warum rassistische Angriffe brutaler und häufiger werden. Gewalttätige Angriffe haben sowohl in West-, als auch in Ost-Deutschland stattgefunden, in der Ex-DDR werden sie jedoch durch eine fehlende Infrastruktur erleichtert, wie z.B. schlecht ausgerüstete Polizeikräfte. Unsere Erfahrung ist, daß teilweise die Polizei nicht willens ist, uns zu helfen – andere wollen es, können es aber nicht, weil sie zu wenige oder schlecht ausgerüstet sind.

Andere Probleme in Ost-Deutschland sind die drastisch wachsende Arbeitslosigkeit, die niedrigen Löhne und steigenden Preise, und im allgemeinen Sicherheitsprobleme. In Anbetracht dieser Probleme ist es von der Regierung unverantwortlich, Asylsuchende in die Ex-DDR zu schicken, bis sich die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen dort gebessert haben.

Der pogromartige Angriff auf AusländerInnen in Hoyerswerda, der von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde, könnte so fast überall in der Ex-DDR passieren. Die Flüchtiinge aus Hoyerswerda berichteten, daß diese Angriffe mehrere Tage anhielten, und daß die Polizei nicht dazu fähig war, sie zu schützen. Am Ende mußten die Flüchtlinge von den Behörden evakuiert werden. Sonst wäre es zu einem Massaker gekommen.

Die Flüchtlinge, die 45 Tag eine Kirche in Neumünster besetzt hatten und damit verhindern wollten, daß sie in die Ex-

DDR geschickt werden, hatten eine ähnliche Erfahrung wie die Flüchtlinge in Hoyerswerda, Leipzig, Dresden und Meißen. Am Ende unterwarfen sie sich dem Druck der Kirche und der Regierung und erklärten sich widerwillig damit einverstanden, nach Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) zu gehen. Sechs Tage später wurden sie dort von einem Mob, bestehend aus ungefähr 200 Rassisten, angegriffen, welche Steine schmissen, aus Gaspistolen und mit Leuchtspurmunition auf sie schossen und mit Eisenstangen, Ketten und Knüppeln bewaffnet waren. Besonders die Kinder leiden immer noch unter diesen Erfahrungen. Ein Kind fragte seinen Vater: „Wollen sie uns umbringen?"

Hessen hat sich bereit erklärt, daß die Flüchtlinge, die Opfer rassistischer Angriffe in der Ex-DDR waren, nach Hessen zurückkehren und dort bleiben dürfen. Schleswig-Holstein hat diesen Schritt bislang nicht getan. Den Flüchtlingen in der Schalom-Gemeinde in Norderstedt (denselben, die die Kirche in Neumünster besetzt hatten) wurde gesagt, daß sie nach Mecklenburg-Vorpommern zurückkehren sollten.

Die Gesetze für AusländerInnen – das neue Ausländergesetz und die, die das Asylverfahren betreffen – sollen Menschen isolieren. Aufgrund des Mangels an Wohnraum, selbst für Deutsche, haben Flüchtlinge keine Möglichkeit in Wohnungen zu leben. Die Regierungspolitik, seit Jahren keine adäquaten Unterbringungen zu bauen, zeigt ihren Effekt in der Situation von AusländerInnen. Flüchtlinge müssen in Flüchtlingslagern leben, die mit Gefängnissen vergleichbar sind. Einige haben Gitterstäbe vor den Fenstern und sind von Mauern umgeben. Diese Art von Unterbringungen sind von der deutschen Bevölkerung isoliert und sie sind leicht Ziel von rassistischen Angriffen.

Alle Unterbringungen für Asylsuchende, ob klein oder groß, zentral oder dezentral gelegen, sind von der deutschen Bevölkerung isoliert. Diese Situation fördert rassistische Ideologie.

Eine weitere Regierungspraxis sind regelmäßige und schnelle Abschiebungen in die Heimatländer, wo Verfolgung, Folter und selbst der Tod auf die abgeschobene Person warten. Dies resultiert aus unzureichenden Interviews (gemeint sind die Anhörungen im Laufe des Asylverfahrens; d.Säzzer) – die Flüchtlinge haben keine Möglichkeit, sich über die Asylgesetze zu informieren. Häufig werden ihnen irrelevante Fragen gestellt. Die Regierung sagt dann, daß die Asylgründe der Bewerber „offensichtlich unbegründet" seien und die Abschiebung folgt kurz darauf.

Die Zukunft von Flüchtlingen in diesem Land ist noch trüber. Einige Politiker schlagen vor, Flüchtlinge in von Mauern umgebenen Unterbringungen zu halten, die die Flüchtlinge nicht verlassen dürfen und die niemand betreten darf, so daß es eine Unmöglichkeit ist, rechtlichen Rat zu bekommen. Nachdem die Entscheidung über das Asylverfahren gefallen ist, sollen die Flüchtlinge direkt in ihr Heimatland abgeschoben werden.

Wir appellieren an alle Flüchtlinge und an alle demokratisch denkenden Menschen, sich an unserem Kampf gegen das faschistische Potential sowie für die Menschenrechte und Anerkennung als Flüchtling zu beteiligen.

Wir Flüchtlinge sind das schwächste Glied in dieser Gesellschaft. Trotzdem glauben wir, ein Recht darauf zu haben, als gleichwertige Menschen behandelt zu werden.

In der Zukunft wird die Behandlung von Flüchtlingen und Minderheiten in Deutschland ein Test für diese Gesellschaft sein, ob sie aus ihrer Geschichte gelernt hat oder nicht.

SOFORTIGE AUFNAHMEGARANTIE FÜR ALLE FLÜCHTLINGE, DIE VOR RASSISTISCHEN ANGRIFFEN GEFLOHEN SIND!

FREIE WAHL DES AUFENTHALTSORTS!

KEINE ZWANGSVERTEILUNG IN DIE EX-DDR!

KEINE ABSCHIEBUNGEN!

Wir fordern alle Flüchtlinge und anderen Menschen auf, sich unserem Kampf gegen die rassistische Asylpolitik anzuschließen!

Nachtrag der Redaktion:
Das Ultimatum, das den Flüchtlingen und den UnterstützerInnen in Norderstedt gestellt wurde, ist verstrichen. Die Schalom-Gemeinde hat zwar bisher keine weiteren Schritte unternommen, aber die Situation der Flüchtlinge in der Schalomkirche bleibt weiterhin unsicher.

Auch den Flüchtlingen, die in Berlin nach wie vor Räume der Technischen Universität besetzen, wurde bisher von Seiten des Senats kein akzeptables Angebot gemacht.

Kontaktadressen:
(für die Flüchtlinge in der Schalom Kirche in Norderstedt)

Infoladen Omega
Bahnhofstr. 44
2350 Neumünster
Fax: 04321/46542
Spendenkonto: PGA Hamburg Konto Nr. 16468-203 BLZ 20010020
Stichwort „Asyl"

(für die Flüchtlinge in der TU Berlin)

Antirassistisches Zentrum
c/o AStA der TU Berlin
Marchstr. 6
1000 Berlin 10
Tel.: 030/31421041

Spendenkonten:
Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 10020500, Kontonummer 3039600, Stichwort „Bleiberecht"
und:
Sonderkonto T. Lehmann, PGA Berlin, BLZ 10010010, Kontonummer 198100, Stichwort „Bleiberecht"

RECHTSEXTREME ÜBERGRIFFE

Im folgenden veröffentlichen wir nur einen Teil (November 1991 bis Januar 1992) der Liste „Rechtsextreme Übergriffe". Die Gesamtliste (ab Juni 1990) hätte den Umfang der Zeitschrift gesprengt. Die Auflistung der Zeitungsmeldungen wird der Redaktion auch in Zukunft regelmäßig zur Verfügung stehen.Außerdem kann die jeweils aktuelle Liste als Ausdruck oder Datei (bitte Rückporto und gegebenenfalls eine DOS-formatierte Diskette 3,5 Zoll DD mitschicken) angefordert werden im:
Olof-Palme-Jugendzentrum
– DGB-Antifagruppe –
Brunnenstr. 125-127
W-1000 Berlin 65

Die nachfolgende Liste rechtsextremer Übergriffe wurde aus Pressemeldungen verschiedener Publikationen zusammengestellt und mit einer ähnlich aufgebauten Liste aus der Zeitschrift „Konkret" [Kon] ergänzt, die auf einer Chronik des Archivs für Sozialpolitik basiert. Bei den Meldungen steht jetzt auch eine verkürzte Quellenangabe in eckigen Klammern (z.B.:[Bild]) dabei.
Da nicht alle Vorfälle von der Presse aufgenommen werden und vor allen Dingen noch nicht einmal zur Anzeige kommen, kann diese Liste natürlich nicht vollständig sein.

Bedeutung der Quellenkürzel:

[Ber] .... Berliner Zeitung
[BILD] .... Bild-Zeitung
[BM] .... Berliner Morgenpost
[BZ] .... BZ-Berlin
[FR] .... Frankfurter Rundschau
[Kon] .... Konkret
[ND] .... Neues Deutschland
[Stern] .... Stern
[Sp] .... Der Spiegel
[taz] .... Die Tageszeitung
[TS] .... Der Tagesspiegel
[ARD] .... Arbeitsgemeinschaft öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten Deutschlands
[ZDF] .... Zweites Deutsches Fernsehen

01. 11. [Kon] Auf eine Ausländerunterkunft in Bensheim, Kreis Bergstraße (Hessen), wird ein Anschlag verübt.

02. 11. [Kon] In Dresden (Sachsen) stürmen etwa 30 rechte Schläger das Kulturzentrum, in dem das bundesweite Antifa-Treffen stattfindet. Mitarbeiter des Zentrums werden angegriffen, als sie versuchen, zwei Ausländer zu schützen.
[Kon] In Magdeburg (Sachsen-Anhalt) wird ein Aussiedlerwohnheim mit Steinen beworfen.
[TS] In Wittstock (Brandenburg) wird ein sowjetischer Ehrenfriedhof völlig verwüstet, die 36 umgerissenen Grabsteine sind vor kurzem restauriert worden.

03. 11. [Kon/ZDF] Nach einem Brandanschlag auf eine von Kurden bewohnte Ausländerunterkunft in Bad Honnef bei Bonn (NRW) müssen zehn Bewohner wegen Rauchvergiftungen behandelt werden.
[Kon] Nach einem Fußballspiel randalieren ca. 200 Berliner Hooligans und greifen ein Asylbewerberheim in Greifswald/Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) an. Mehrere Asylbewerber werden verletzt. Die betroffenen Asylbewerber sind erst am 1. 11. aus Neumünster nach Greifswald gebracht worden, nachdem sie am 12. 10. aus Hoyerswerda (Sachsen) in die Anscharkirche in Neumünster geflohen sind. Nach diesem Angriff flüchten sie mit Unterstützung autonomer Gruppen in die Schalom-Kirchengemeinde in Norderstedt. Die ersten Flüchtlinge gehen erst am 25. November wieder in ihre Unterkünfte zurück.
[Kon] Eine Gruppe Skinheads greift ein Asylbewerberheim in Kiel (Schleswig-Holstein) an.
[Kon] In Frankfurt/Main (Hessen) hetzen zwei Männer in einer Bar lautstark gegen Ausländer und greifen den kurdischen Barmann an. Sie kehren später noch einmal zurück und zerschlagen die Scheiben des Lokals.

05. 11. [Kon] Bei einer Brandstiftung in Nürnberg (Bayern), in einem überwiegend von ausländischen Familien bewohnten Gebäudekomplex, werden sieben Bewohner verletzt, 21 müssen evakuiert werden.

In Bonn und der EG diskutiert man über ein „gemeinsames harmonisiertes Asylrecht"...

06. 11. [Kon/TS] 200-300 Hooligans ziehen nach einem Fußballspiel in Düsseldorf (NRW) in Richtung des Roma-Lagers. Die Polizei kann jedoch Übergriffe durch frühzeitiges Eingreifen verhindern, es kommt dabei zu 166 Festnahmen.
[TS] Bereits zum vierten Mal seit der Maueröffnung ist das Mahnmal zum Gedenken an die Deportation von jüdischen Berlinern auf der Berliner Putlitzbrücke geschändet worden.

07. 11. [Kon/TS] Bei Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) gibt es Brandanschläge auf zwei Unterkünfte für Asylbewerber.

08. 11. [Kon] In Kelkheim (Hessen) werden die Scheiben von einem Wohnheim für Asylbewerber eingeworfen.

09. 11. [Kon] In Wismar/Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) finden schwere Schlägereien zwischen etwa 40 ausländischen Studenten und 30 deutschen Jugendlichen statt.
[Kon] In Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) wird ein Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim verübt.
[Kon] In Weimar (Thüringen) wird einem Mosambikaner mit einem Luftdruckgewehr ins Gesicht geschossen. Dem Mann muß ein Geschoß aus der linken Schläfe operiert werden. Die Polizei nimmt drei Jugendliche fest.

10. 11. [Kon] Mit Steinen, Flaschen und Leuchtkugeln gehen rechtsradikale Jugendliche gegen Personen vor, die sich schützend vor ein Asylbewerberheim in Seeheim-Jugenheim, Kreis Darmstadt-Dieburg (Hessen), gestellt haben.
12. 11. [TS] In Worms (Rheinland-Pfalz) werden drei junge

Männer festgenommen, als sie das Auto eines Ausländers beschädigen. Sie gestehen auch die Beteiligung an einem Anschlag auf eine Ausländerunterkunft.
[Kon] In Berlin stirbt der 19jährige Schüler Mete Eksi an den Folgen eines Angriffs vom 26. 10.

13. 11. [TS] In Leipzig (Sachsen) werden zwei vietnamesische Familien in ihren Wohnungen überfallen und mißhandelt.
[TS] Das britische Unterhaus billigt eine Verschärfung der Asylbestimmungen in zweiter Lesung. (Eine dritte ist erforderlich.)

In Bonn diskutiert man über Asylpolitik... Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU weist die erst kürzlich geäußerte Ansicht zurück, der Streit ums Asylrecht fördere den Rechtsradikalismus.

15. 11. [Kon] In Schierling bei Regensburg (Bayern) wird ein Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft verübt.

16. 11. [Ber] Nach Pöbeleien von Skinheads und dem Werfen eines (nicht zündenden) Brandssatzes zwischen die Feiernden kommt es in Salzgitter (Niedersachsen) zu einer Massenschlägerei zwischen etwa 50 rechtsradikalen Skinheads und einer türkischen Hochzeitsgesellschaft.
[Kon] In Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) randalieren rund 50 Jugendliche in der Innenstadt, rufen ausländerfeindliche Sprüche.
[Kon] In Stadthagen (Niedersachsen) wird versucht, ein Flüchtlingsheim in Brand zu setzen. Es kommt zu einer Schlägerei zwischen Punks, die die Flüchtlinge schützen, und Neonazis.

17. 11. [Ber] In Madrid (Spanien) findet ein Internationales Neonazi-Treffen zur Ehrung des früheren spanischen Diktators Francisco Franco mit tausenden Teilnehmern statt. Ca. 500 Extremisten reisen aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Österreich und der Schweiz an.
[Kon] Ein Asylbewerberheim in Saßnitz auf Rügen (Mecklenburg-Vorpommern) wird von rund 30 Jugendlichen mit Steinen angegriffen, 80% der Fenster werden zerstört.
[Ber] Die neonazistische „Deutsche Alternative" feiert auf ihrem „Gautreffen" in Hoyerswerda (Sachsen) den „Sieg zur Rettung des Reiches in der ersten ausländerfreien Stadt Deutschlands".

18. 11. [TS/ARD] Auf einem Friedhof in Halbe (Brandenburg) kommen etwa 650 Rechtsextremisten zu einer Gedenkfeier zusammen, sie legen u. a. eine Kranzschleife mit SS-Runen nieder. Nach Auflösung der Versammlung werden Teilnehmer auf dem Bahnhof von Königs Wusterhausen von ca. 25 Vermummten Überfallen, es gibt 9 Verletzte.

20. 11. [Ber] Beim Fußball-Länderspiel Belgien – Deutschland in Brüssel (Belgien) rücken hordenweise Skinheads, Neonazis und Hooligans aus Deutschland an. Sie ziehen plündernd durch Brüssels Innenstadt, sie zerschlagen Fensterscheiben, beschädigen Autos, verprügeln Ausländer und hissen Hakenkreuzfahnen. Es gab 799 (!) Festnahmen.

[Kon] In Hofheim (Hessen) wird ein Anschlag mit Steinen und Farbe auf eine Unterkunft von Asylbewerbern verübt.

21. 11. [Ber] Bundeskanzler Kohl: „...wer Haß gegen Ausländer schürt, kann für sich niemals in Anspruch nehmen, ein guter deutscher Patriot zu sein"

23. 11. [TS] In Berlin-Lichtenberg wird ein 19jähriger Skinhead von jugendlichen Türken durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt.
[TS] Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf ein Heim für Asylbewerber in Wedel (Hamburg).

24. 11. [TS/Kon] In Wittgensdorf bei Chemnitz (Sachsen) überfallen mit Knüppeln bewaffnete Randalierer am frühen Morgen ein Wohnheim von Vietnamesen. Dabei werden Fensterscheiben eingeschlagen und Autos beschädigt.
[TS] Fünf Unbekannte überfallen ein Heim in Bahlen, Kreis Hagenow (Mecklenburg-Vorpommern) und werfen Fensterscheiben ein.
[TS] Zwei Asylbewerberheime in der Nähe von Halle (Sachsen-Anhalt) werden Ziel von Anschlägen.
[TS] In 21 für Aussiedler aus der Sowjetunion bestimmte Wohnungen in Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) zerstören unbekannte Täter das Mobiliar.
[TS] Bei den Parlamentswahlen in Belgien legt der betont ausländerfeindliche Flämische Block (Vlaams Blok) erheblich zu. In Flandern steigt der Stimmenanteil von zwei auf 11,4%.
[TS] Das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden hat bundesweit seit August 1800 Straftaten gezählt, die sich gegen Ausländer und ihre Einrichtungen richteten, davon die Hälfte allein im Oktober.

26. 11. [Kon] Auf der Landstraße zwischen Bad Schwalbach und Langenseifen (Hessen) wird ein türkischer Fußgänger überfallen. Er wird mit Tränengas besprüht und mit einem Messer verletzt.

27. 11. [TS] Union beharrt auf Änderung des Grundrechts auf Asyl, die Diskussion geht weiter...

28. 11. [TS] Zwei 19jährige Skinheads greifen mit „Ausländer raus"-Rufen zwei israelische Touristen in einem Brandenburger Supermarkt an. Auch die herbeigerufenen Polizisten werden von den Skinheads angegriffen.
[Kon] Auf eine türkische Moschee in Merzig (Saarland) wird ein Brandanschlag verübt.

29. 11. [TS] In Biesenthal (Brandenburg) werden zwei Asylbewerber von vier Jugendlichen mit Baseballschlägern angegriffen. Ein Mann wird brutal zusammengeschlagen, der andere konnte fliehen. Es fielen auch Schüsse.

01. 12. [Kon] In Heidenrod (Hessen) wird eine Flüchtlingsunterkunft von Unbekannten mit Steinen angegriffen.

02. 12. [TS] In Hohen Viecheln bei Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) wird eine Gaststätte von etwa 50 Skinheads und Hooligans angegriffen.

Weils noch nicht reicht diskutiert auch die EG übers Asylrecht...

03. 12. [TS] Ein 30jähriger Mann aus Hohenselchow, Kreis Angermünde (Brandenburg), ist nach einer Schlägerei mit vermutlich rechtsradikalen Jugendlichen seinen Verletzungen erlegen.

[Kon] Bei einem Angriff auf ein Flüchtlingswohnheim in Waldkirchen, Kreis Freyung-Grafenau (Bayern), wird ein Afrikaner von einem der Steinwürfe auf das Heim am Kopf verletzt.

[TS] Bei einer Hausdurchsuchungsaktion in 114 Wohnungen von mutmaßlichen rechten Gewalttätern stellt die Polizei Waffen und Munition sowie umfangreiches neonazistisches Schriftgut sicher.

05. 12. [TS] In Drebkau im Landkreis Cottbus (Brandenburg) verüben Unbekannte einen Brandanschlag mit Molotowcocktails auf ein Asylbewerberheim.

06. 12. [Kon] In Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) verüben drei Jugendliche einen Brandanschlag gegen ein Flüchtlingsheim.

11. 12. [TS] In der Bundesrepublik hat es im Jahr 1991 bislang 2074 fremden-und ausländerfeindliche Straftaten gegeben (904 davon im Oktober), darunter 325 Brandanschläge und 188 Angriffe gegen Personen.

14. 12. [TS] Etwa 20-30 betrunkene Jugendliche greifen die Polizeihauptwache in Senftenberg bei Cottbus (Brandenburg) an. Fensterscheiben der Wache werden eingeworfen und faschistische Parolen gegrölt, zwei Polizisten werden verletzt, fünf Randalierer festgenommen.

[TS] Vermutlich von Angehörigen der rechten Szene wird ein Buttersäureanschlag auf ein Souvenirgeschäft in Berlin verübt.

Der CSU-Vorsitzende Theo Waigel drängt weiter auf eine Änderung des Asylrechts im Grundgesetz...

21. 12. [Ber] In der Nacht verprügeln etwa 10 Skinheads ein Ehepaar, das mit Fahrrädern bei Oderin, Kreis Königswusterhausen (Brandenburg), unterwegs ist. Ein zu Hilfe eilender Autofahrer wurde ebenfalls zusammengeschlagen, sein Pkw wird demoliert.

22. 12. [BILD TS] In Oberhausen ziehen rund 30 betrunkene Skinheads randalierend durch die Stadt. Ein Türke wird überfallen und verletzt, dann ein Asylbewerberheim demoliert.

[TS] In Sedlitz, Kreis Senftenberg (Brandenburg), wird eine dreiköpfige Familie bei einem Wohnungsbrand lebensgefährlich verletzt. Das Feuer entstand beim Herstellen von Molotowcocktails in einer Nachbarwohnung, die gegen ein Asylbewerberheim in Sedlitz eingesetzt werden sollten.

23. 12. [BZ] Mit den Worten „Du rotes Schwein" verprügeln vier Skinheads den als Weihnachtsmann verkleideten Jörg B. (27) in einer belebten Einkaufsstraße in Berlin. Keiner der Passanten greift ein.

[TS] 16 Asylbewerber, die aus dem sächsischen Hoyerswerda (Sachsen) geflohen sind dürfen nun doch in Niedersachsen bleiben (siehe 3. 11.).

[TS] In Jüterbog (Brandenburg) wird ein Asylbewerberheim mit Steinen angegriffen und parkende Autos beschädigt. Später wird, vermutlich von den selben Tätern, auf ein weiteres Wohnheim ein Brandanschlag verübt.

26. 12. [TS] Aus Verzweiflung erhängt sich in Mohrkirch (Schleswig-Holstein) ein 24jähriger Ingenieurstudent aus Somalia, dessen Antrag auf Asyl abgelehnt wurde.

28. 12. [TS] Randalierende Jugendliche greifen in Wartin, Kreis Angermünde (Brandenburg), das Asylbewerberheim an, zerschlagen etwa 35 Fensterscheiben, zünden eine Brandflasche und beschädigen mehrere PKW.

30. 12. [ND] In Schweden wird ein Bombenanschlag im Stockholmer Hauptbahnhof verübt. Nach Informationen der schwedischen Nachrichtenagentur TT geht dieses Attentat auf das Konto von Mitgliedern der Neonazigruppe „Weißer Arischer Widerstand".

31. 12. [TS] In Rathenow (Brandenburg) blockieren etwa 300 Skinheads eine Kreuzung zwischen zwei Bundesstraßen. Anschließend schlagen sie im Stadtzentrum Schaufenster ein und plündern Geschäfte. Zwei mit Diebesgut festgenommene Täter werden wieder freigelassen, als Skinheads vor die Polizeiwache ziehen.

[Ber] Zu einer vom „Deutschen Jugendbildungswerk" angesagten ausländerfeindlichen Aktion versammeln sich etwa 60 rechtsradikale Jugendliche auf dem Görlitzer Bahnhofsvorplatz (Sachsen). Die Polizei löst die Ansammlung auf.

1992

[ARD] In seiner Neujahrsansprache behauptet Bundeskanzler Helmut Kohl, daß Deutschland ein ausländerfreundliches Land sei und es bleiben werde, jede Form von Ausländerfeindlichkeit wäre eine Schande für unser Land.

Gesundes neues Jahr... Bereits in den ersten 48 Stunden des neuen Jahres diskutiert man in Bonn über eine Grundgesetzänderung zum Asylrecht [Ber]...

01. 01. [Ber] Auf das erste vom Bundespräsidenten am 23. Oktober besuchte Asylbewerberheim in Haldensleben nahe Magdeburg (Sachsen-Anhalt) werden von einem unbekannten Täter drei Schüsse aus einer Pistole abgegeben.

[Ber] In Sömmerda (Thüringen) greifen 15 Rechtsradikale das Asylbewerberheim der Stadt an. Ein massives Polizeiaufgebot verhindert schlimmeres.

[Ber] In Wesenburg bei Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpommern) wird ein Ausländerwohnheim von Jugendlichen mit Silvesterraketen beschossen. Personen werden nicht verletzt.

[Ber] In Löbau (Sachsen) überfallen Unbekannte einen 25jährigen pakistanischen Mann auf offener Straße. Er wird brutal zusammengeschlagen und mit einem Messer verletzt.

[Ber] In Neubrandenburg randalieren 50 Jugendliche vor einer Kaufhalle und zerstören einen Kiosk.
[Ber] In Magdeburg (Sachsen-Anhalt) überfallen unbekannte Täter die Gäste einer Silvesterfeier der PDS. Dabei werden vier Personen verletzt.

03. 01. [BZ] Vor einer Discothek in Gransee (Brandenburg) wird der 19jährige Ingo L. von ca. 15 Skinheads wegen einer Lappalie schwer verprügelt. Als der Arzt eintrifft ist das Opfer bereits tot.

06. 01. [TS] In menschenverachtender Weise wird ein serbisches Gotteshaus in Berlin-Wedding geschändet.
[TAZ] In Waldkirch (Baden-Württemberg) wird in einem Wohnheim für Asylbewerber ein Brand gelegt. Durch das Feuer werden 20 Menschen verletzt, einer davon schwer.

07. 01. [TS] Die CDU/CSU-Fraktion will den Streit um ein neues Asylrecht bis Anfang April beenden (Landtagswahl in Baden-Württemberg)...

08. 01. [ND/Taz] In Dinslaken (NRW) feuern unbekannte mehrere Schüsse auf eine Unterkunft für Asylbewerber ab. Vier Kugeln mittleren Kalibers schlagen in die Decke eines erleuchteten Zimmers ein.

10. 01. [Ber] In der Nacht gehen in einer Neubausiedlung in Bestensee (Brandenburg) sechs bis acht teilweise vermummte junge Männer gegen die Wohnungen von Familien vor, deren Söhne sich gegen Ausländerfeindlichkeit gewandt haben. Unter Rufen wie „Ausländer Raus" und „Deutschland den Deutschen" demolieren sie die Licht- und Klingelanlage sowie Briefkästen des Hauses. Vermutlich dieselben Täter randalieren später in einer Bungalowsiedlung in Pätz.

11. 01. [TS] Auf dem Bahnhof in Werder (Brandenburg) wird ein Soldat der ehemals sowjetischen Streitkräfte von drei Jugendlichen zusammengeschlagen.
[TS] Etwa 40 angetrunkene rechtsradikale Skinheads randalieren im Jugendklub „BBC" in Berlin-Lichtenberg. Sie zertrümmern Scheiben durch Steinwürfe und skandieren „Sieg Heil" und „Laßt sie nicht entkommen", Menschen sind trotz Steinhagels nicht verletzt worden.

14. 01. [Taz] Bei einem Brand in einem Asylbewerberheim in der Trierer Innenstadt (Rheinland-Pfalz) werden zwei Menschen schwer und zwei weitere leicht verletzt. Brandstiftung ist nach erstem Anschein möglich aber noch nicht beweisbar.

15. 01. [Ber] In Frankfurt/Oder (Brandenburg) bedrohen kurzgeschorene Jugendliche mehrere Ausländer auf dem Bahnhofsvorplatz und gehen tätlich gegen sie vor. Zwei Ausländer müssen ambulant behandelt werden.

16. 01. [TS] In Bonn diskutiert man über die Verschärfung des Asylrechts...

17. 01. [TS/Taz/Ber/BZ] In Berlin wird an der Turmstraße ein 19jähriger polnischer Tourist von drei Skinheads überfallen. Sie injizieren ihm mit einer mitgebrachten Spritze ein Betäubungsmittel in die Zunge und schneiden ihm dann mit einer Schere etwa zwei Drittel der Zunge ab.

[BM] In Berlin wird ein Obdachloser (26), der in einer öffentlichen Toilette übernachtet mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angezündet. Er wird mit Verbrennungen zweiten Grades in ein Krankenhaus eingeliefert.
[BM/Taz/Ber] In Wien (Österreich) wird von der Polizei eine schwerbewaffnete „Wehrsportgruppe Trenck" der rechtsradikalen Szene ausgehoben, die auch Attentatspläne auf die „ausländerfreundliche Regierung" geplant haben soll.
[BILD/BM] 1991 wurden in Deutschland 2368 rechtsextremistische Straftaten gegen Ausländer registriert, dies entspricht einer Verzehnfachung gegenüber den Vorjahreszahlen. 241 Menschen wurden angegriffen und 338 Brandanschläge verübt.

18. 01. [Taz] Drei Polen werden an der Autobahnausfahrt Storkow (Brandenburg) bei ihrem liegengebliebenen Auto von fünf Männern mit Holzknüppeln angegriffen. Sie zerstören alle Scheiben und skandieren „Weg mit den polnischen Schweinen!".
[Taz/TS] Auf ein Asylbewerberheim in Pätz (Brandenburg) wird ein Brandanschlag mit Brandflaschen verübt.

19. 01. [Ber] In Saalfeld (Thüringen) schießt ein 50jähriger mit einer Pistole auf Angehörige der Streitkräfte der ehemaligen Sowjetarmee. Als drei Soldaten den Mann stellen wollen, rast er mit seinem Wagen frontal in eine Gruppe von Soldaten. Zwei Soldaten werden schwer, einer leicht verletzt, der Täter konnte später festgenommen werden.
[Ber] In Jena (Thüringen) wird ein 20jähriger Chilene von mehreren Skinheads mit einem Baseballschläger zusammengeschlagen.
[Ber] In Eisenach (Thüringen) verfolgen fünf Rechtsradikale einen 31jährigen Kubaner, jagten ihn durch das Stadtgebiet und prügelten dann brutal auf ihn ein. Die Täter konnten festgenommen werden.

22. 01. [TS] Niedersachsen schiebt den Landesvorsitzenden der rechtsradikalen Freiheitlichen Deutschen Arbeiter Partei (FAP), Karl Polacek, in sein Heimatland Österreich ab.

Einige Anmerkungen und Kommentare zu dieser Computerliste:

Alle aufgelisteten Meldungen sind mit den Originalartikeln aus den entsprechenden Zeitungen belegbar.
Seit Mitte 1991 erfolgen die Eingaben regelmäßig.
Für den Verfasser der Liste ergeben sich folgende Tendenzen
in der Medienberichterstattung über rassistische und rechtsextreme Übergriffe:
1. Solange nicht geklärt war, was mit den Flüchtlingen geschehen soll, die Angriffen in Wohnheimen ausgesetzt waren (und sind) und deshalb von dort flüchten mußten, erschienen (vor allem nach Hoyerswerda) zur Situation dieser Flüchtlinge und zu den Angriffen auf die jeweiligen Heime häufig Hintergrundartikel.
2. Seitdem öffentlich diskutiert wird, daß die Flüchtlinge zurück sollen, erscheinen kaum noch Berichte zu diesem Thema.
3. Seit Anfang Dezember ist die Zahl der Meldungen und Berichte über rassistische Angriffe ganz deutlich zurückgegan-

gen. Agentur-Meldungen zu diesem Thema tauchen fast überhaupt keine mehr auf.
4. Am 23.11. erscheint seit dem Sommer der erste Bericht über einen Angriff von einem türkischen Jugendlichen auf einen Skinhead. Seitdem hat es ca. 5 Meldungen zu ähnlichen Vorfällen gegeben.
5. Erst seit dem brutalen Angriff auf einen polnischen Touristen in Moabit scheint das Thema für die Medien wieder „interessanter" geworden zu sein.
6. Grundsätzlich auffällig bei der Berichterstattung über die rassistisch motivierten Täter ist, daß sehr häufig „ganz neutral" von Jugendlichen die Rede ist. Mittlerweile müßte eigentlich klar sein, daß rassistische Angriffe eben nicht von einer bestimmten Altersgruppe ausgehen.
Zu vermuten ist, daß bei der (Nicht-) Beschreibung der Täter die Wortwahl aus den Polizeiberichten völlig unkritisch von den Medien übernommen wird.

DER 30. NOVEMBER IN SCHWEDEN

Der Artikel wurde dem ZAG von der Antifascistisk aktion zur Veröffentlichung zugesandt und von der Redaktion sprachlich überarbeitet und gekürzt.

Seit über 10 Jahren kommt es am 30. November in Stockholm zu einer Konfrontation zwischen FaschistInnen und AntifaschistInnen.
Anlaß ist der Tod des „Heldenkönigs" Karl XII am 30. November 1718.
Auf dem Marktplatz in Stockholm steht eine Statue von Karl XII. Dort treffen sich die Faschos, um einen Kranz an der Statue niederzulegen und um das Ereignis zu „feiern".
Zum ersten Mal seit 1987 konnte die antifaschistische Demo – die größte antifaschistische, linke Demo seit vielen Jahren! – verhindern, daß die Faschodemo ihr Ziel erreichte.
5000-7000 Menschen haben unter der Parole „Keine Faschisten auf unseren Straßen" an der Demo teilgenommen und das ist für Stockholmer Verhältnisse fast unglaublich.
Durch die Entwicklung in den letzten Monaten in Schweden und im Ausland ist vielen Leuten klargeworden, daß die Faschisten eine ganz reale Bedrohung sind – was vorher nicht alle wahrgenommen haben. Einige Ereignisse vor dem 30. November haben zu einer weiteren Eskalation geführt: Z.B. ein rassistischer Mord an einem Iraner. Und: In der Nacht vor dem 30.11. haben zwei Polizisten einen Skinhead in Malmö erschossen. Soweit zum Hintergrund der Demo.
Zum Verlauf der Demo:
Ab 18.00 Uhr besetzen 5000-7000 DemonstratInnen den Marktplatz. Trotz der Aufforderung der Polizei, den Platz zu verlassen, bleibt etwa die Hälfte der Leute dort. Die Faschisten sammeln sich gegen 20.00 Uhr in einem anderen Stadtteil, um zur Statue zu maschieren. Die Polizei teilt ihnen mit, daß das unmöglich sei. Trotzdem durchbrechen etwa 150-200 Faschos die Polizeisperren und greifen die Antifa-Demo mit Flaschen und Steinen an. Es gelingt jedoch den Antifas, sie schnell zu vertreiben. An diesem Abend kam es zu 94 Festnahmen, wovon nur sehr wenige Antifas waren.
Obwohl die Schlägereien mit den Faschos nur eine „kleine Episode" während dieser erfolgreichen und friedlichen antifaschistischen Aktion war, wurde der Abend von den Medien zur „Schlacht um Kugnsträdgarden" hochstilisiert. Faschisten und Antifaschisten wurden gleichgesetzt und als „gewalttätige Feinde der Demokratie" dargestellt. Solch eine Medienhetze war bisher in Schweden nicht üblich. Trotzdem stehen die meisten TeilnehmerInnen der Antifa-Demo und auch viele andere nach wie vor zu der Notwendigkeit, sich zu verteidigen.
Im Moment besteht auch keine unmittelbare Gefahr einer Kriminalisierung und/oder Spaltung des antifaschistischen Widerstands. Es ist vielmehr so, daß die breite Mobilisierung in Stockholm die Voraussetzung für eine Radikalisierung der antifaschistischen Arbeit geschaffen hat.
Auch in Lund, einer südschwedischen Stadt ist es den Antifas am 30. November gelungen, die Fascho-Demo zu verhindern. 200-300 AntifaschistInnen hatten entlang der Marschroute der Faschos Barrikaden errichtet. Unter diesen Bedingungen konnte die Polizei nicht „für die Sicherheit" der Faschos garantieren.

hej hopp, nassestopp!
antifaschistische Grüße aus Stockholm

Unsere Kontaktadresse:
Antifascistik aktion
c/o Bokhandeln INFO
Hornsgatan 151
S- 117 34 Stockholm

SELBST-DARSTELLUNGEN:

DIE ANTIRASSISTISCHE AKTION AN DER FU

Sollten sich von 60000 StudentInnen an der FU nur einige Dutzend aktiv gegen Rassismus engagieren wollen?, so fragten wir – mehrere StudentInnen aus verschiedenen Fachbereichen – uns auf der ersten uniweiten Vollversammlung (VV). Diese VV fand am 31.10.91 als Reaktion auf die schon eine Woche dauernde Besetzung der TU durch Flüchtlinge und autonome UnterstützerInnengruppen statt. -Allgemeines Desinteresse in einer Zeit, in der die Betroffenheit nach den Progromen in Hoyerswerda und andernorts auf einem Höhepunkt angelangt war?
Aus unserem Bedürfnis, nicht länger die Passivität an der FU mitzutragen, planten wir, nun zu konkreten Aktionen überzugehen. Bei unseren Vorbereitungstreffen registrierten wir eine steigende Zahl von Interessierten. Diese Tatsache zeigte, daß an der FU viele Menschen bereit waren, antirassistische Arbeit zu leisten, und daß eine Koordinierungsstelle an der FU für diese Arbeit dringend notwendig war. Um eine solche zu schaffen und gleichzeitig die TU mit ihren Forde-

rungen zu unterstützen, besetzten wir am 18.11.91 das ehemalige BAföG – Amt(Amt für Ausbildungsförderung) der FU. Nach nur einer Woche wurde das Projekt mit dem Erhalt von Räumen in der Silberlaube legalisiert.
Seitdem können wir von der Antirassistischen Aktion an der FU (ARA-FU, so der endgültige Name unserer Initiative) uns auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren. Ein wichtiger Teil unserer Arbeit ist natürlich die (finanzielle und personelle) Unterstützung des Antirassistischen Zentrums an der TU. Darüber hinaus bildeten sich Gruppen, die verschiedene inhaltliche und praktische Schwerpunkte haben. Zusammen mit in der TU lebenden Flüchtlingen versuchte die Wohnheimkontaktgruppe, die Anonymität in den Flüchtlingsheimen durch gemeinsame Gespräche zu verringern, darüberhinaus informierten wir in einem zehnsprachigen Flugblatt über die Situation in der TU. Die Aktionsgruppe organisierte eine Unterschriftensammlung gegen das Schweigen von Seiten des Berliner Innensenats zu den Forderungen der TU-BesetzerInnen. Außerdem fanden Aktionen gegen Rassismus statt, wie z.B. auf dem Weihnachtsmarkt am Alexanderplatz. Weitere Aktionen sind in Planung. Die Archivgruppe befaßt sich mit der Auswertung der Berichterstattung in den Medien zum gesamten Themenkomplex. Die Rechtsgruppe setzt sich gegenwärtig noch mit den verschiedenen AusländerInnengesetzen auseinander und möchte später aktive Rechtsberatung leisten. Die Theoriegruppe hat neben inhaltlicher Arbeit bereits zwei Veranstaltungen im Rahmen der Vortragsreihe „Demokratisches Recht und rassistisches Unrecht“ organisiert. Diese Vortragsreihe soll fortgesetzt werden.
Unsere Arbeit koordinieren wir vom Info-Cafe aus, das auch anderen Interessierten als Anlauf- und Informationsstelle dient.
Ziel unserer Arbeit soll eine sowohl inhaltliche als auch praktische Auseinandersetzung mit Rassismus sein. Wir hoffen, außer einer universitätsinternen, auch eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen und so der Gewöhnung an den alltäglichen Rassismus entgegenzuwirken.
Obwohl wir mittlerweile eine kontinuierlich arbeitende Gruppe sind, freuen wir uns über weitere Anregungen und neue MitarbeiterInnen.

Ständige Termine:
Info-Cafe
(Raum L 25/15 in der FU-Silberlaube, nahe EWI-Bibliothek):
Mo-Fr 12-17 Uhr
Offenes Plenum:Di 18 Uhr
Telefon 838 36 51

(T.M.,N.S.,I.S.)



MORGENGRAUEN

ZAG ist – glücklicherweise – nicht die einzige: Auch aus Köln kommt seit Ende des letzten Jahres eine antirassistische Zeitung, deren zweite Ausgabe jetzt erschienen ist: Morgengrauen.

Wiederum auf vier Seiten analysiert Morgengrauen in ihrer zweiten Nummer das neugeplante Asylverfahren ("Abschiebungen am Fließband geplant"), beschreibt das „Leben im Sammellager“ und berichtet über die Situation von „Doppelflüchtlingen“ aus den neuen Bundesländern, ihre Organisation und Widerstand. Es beschreibt „die Schwierigkeit über Rassismus zu reden“ anhand einer Diskussion zwischen TürkInnen und Deutschen, die nach der Vorführung einer Videodokumentation unter dem Titel „Du kommst aus einem anderen Land“ stattfand. Außerdem untersucht Morgengrauen Rassismus in Kinderbüchern und räumt erneut mit weitverbreiteten Vorurteilen auf. Hinzu kommen Kurzinfos aus In- und Ausland und nocheinmal die Rassismus-/Antirassismusdefinition, auf der die Zeitung ihre Arbeit gründet (und die wir auf dieser Seite abdrucken).

Der Name Morgengrauen soll die Widersprüchlichkeit deutlich machen, in der sich die Zeitung und die Keime einer antirassistischen Bewegung befinden: Morgengrauen steht einerseits für die bittere Realität des rassistischen Grauens, andererseits aber auch für die Hoffnung auf das Heraufdämmern von etwas Neuem: auf eine Bewegung, die sich für eine nichtrassistische Gesellschaft einsetzt und dafür die Belange der Rechtlosen zum Ausgangspunkt nimmt.

Morgengrauen erscheint monatlich und kostet pro Exemplar 0,25 DM, ab 100 wirds billiger. Redaktionsadresse: Morgengrauen, c/o SoZ-Verlag, Aquinostr. 7-11, 5000 Köln 1. Telefon: 0221/730365 (Angelika Prömm) und 0221/728550 (Cumali Yildizgördü).

ÖFFENTLICHER AUFRUF ZUR VORBEREITUNG EINES KONGRESSES ÜBER NATIONALSTAAT — ETHNISCHE MINDERHEITEN — VÖLKERWANDERUNG

Für die kulturelle Autonomie und Mehrstaatigkeit, die volle Freizügigkeit, Aus- bzw. Einwanderung für alle überall

Die Zeitschrift DIE BRÜCKE ergriff Anfang November 1991 mit einer Einladung an sechs ausgewählte Printmedien die Initiative für die Vorbereitung eines Kongresses bzw. Tribunals, der/das dazu beitragen soll, daß ein Wandlungsprozeß von nationalstaatlichem Selbstverständnis hin zu einer weltbürgerlichen Orientierung eingeleitet wird.
Mit der Überlegung, eine überparteiliche Debatte mit breiter öffentlicher Wirkung gewährleisten zu können, wünschten wir uns für den Kongreß ein Vorbereitungskomitee mit Vertretern von: die tageszeitung, Freitag, Kommune, Konkret, Sozialismus sowie Schwarzer Faden.
Im zweiten Schritt laden wir hiermit

ALLE medialen Einrichtungen und Organe, Parteien, Verbände, Initiativen, Gruppen sowie Menschen

zu einem Vorbereitungstreffen zur Verwirklichung eines deutschsprachigen Kongresses bzw. Tribunals gegen die kolonialistische Festungsmentalität ein:

am 14. März 1992 in Frankfurt/Main.

Um dieses erste Vorbereitungstreffen vorbereiten zu können, bitten wir alle Interessierten darum, sich bis zum 15. Februar 1992 schriftlich (mit eigenen Vorschlägen) bei der Redaktionsanschrift der Zeitschrift DIE BRÜCKE zu melden. Als Zeitraum für den Kongreß schlagen wir einen Wochenendtag zwischen Mitte September und Mitte Oktober 1992 und als Ort Frankfurt, Köln oder eine andere zentral gelegene Stadt vor.

WARUM EIN KONGRESS?

Mit Entsetzen und Hilflosigkeit haben die "Linken" in der neuen BRD auf die Welle von Grausamkeiten gegenüber jenen Menschen reagiert, die sich auf der Flucht vor den Katastrophen befinden, die von den wohlhabenden Nationen verursacht wurden und werden. Auch vielen "Linken" wird es ungemütlich, wenn sie an Massen von "Fremden" denken, die in "unser Land" strömen. Sie sollen natürlich gut behandelt werden, sie müssen geschützt werden vor den rechtsextremistischen Angriffen - aber was noch? Was ist die Perspektive?
Völkerwanderung vor der eigenen Tür, jenes Thema, dessen mediale Behandlung dazu dienen soll, eine Gegenwehr aufzubauen? Ein ruhiges Leben in der Festung Europa?
Diese alte Ruhe hatte ihre Grundlage in der Ordnung, daß es die "Deutschen" und die "Ausländer" gab. Die guten Deutschen stellten sich gegen die bösen Deutschen schützend vor die "Ausländer". Aber "Ausländer" blieben sie immer für sie. Mit Kebap und Folkloretanz haben sie unser Land bereichert, und das wollen wir uns doch bewahren, nicht stören lassen von fehlgeleiteten Horden. Ein bißchen Exotismus - das ist doch nett in einem Land, das ruhig bleibt, solange die Fremden ihren klar zugewiesenen Platz behalten wie der Hund in seinem Körbchen.
So hat auch die "Linke" durch ihr Stillhalten gegenüber der Entrechtung der "ausländischen Mitbürger" mit dazu beigetragen, daß die Lage in dem Moment so eskalieren kann, in dem scheinbar nicht mehr genug Platz im vollen Boot ist. Gerade jetzt ist es höchste Zeit, das Einfache auszusprechen:

Es darf nicht mehr länger eine Frage des Blutes sein, wer in diesem Land gut, schlecht oder gar nicht leben darf!

WAS FÜR EIN KONGRESS?

Wir wollen mit diesem Kongreß die Ideologie des Nationalstaates angreifen und entlarven. Wir wollen ein Tribunal veranstalten gegen die alltägliche Verletzung elementarer Rechte der hier lebenden Minderheiten. Und wir wollen aufzeigen, daß Frieden in einem Land nicht herrschen kann, solange die einen oben und die anderen unten sind.
Der vorgeschlagene Kongreß darf aber kein Forum abstrakter Meinungen darstellen. Er soll folgende in engem Zusammenhang stehenden Schwerpunkte behandeln:

1. Der Kongreß muß ein Tribunal sein, in dem der Nationalstaat angeklagt wird:
   - der tausendfachen Verletzung der von ihm so hochgehaltenen Menschenrechte;
   - des Ausschlusses der eingewanderten ethnischen Minderheiten von den staatsbürgerlichen Rechten;
   - des Hineinzwingens der Asyleinwanderer in Sammellager;
   - des Arbeitsverbots im allgemeinen und nach dem § 19 des Arbeitsförderungsgesetzes im besonderen;
   - der Einschränkung der Reisefreiheit bzw. Freizügigkeit;
   - des Visumzwanges für Bürger bestimmter Staaten, um die Wanderungsbewegungen zu kontrollieren.

2. Der Kongreß soll auf der Grundlage des Diskurses eine Resolution ausarbeiten und verabschieden, in der der uneingeschränkte Anspruch der Eingewanderten auf die bestehende Staatsbürgerschaft und das Recht auf Mehrstaatigkeit für alle gefordert werden.

3. In einer weiteren Resolution des Kongresses sollte die Forderung nach einer verfassungsmäßigen Entnationalisierung der Gesellschaft (das Blut bzw. die "Volkszugehörigkeit" bestimmt heute, wer welche Rechte hat oder nicht hat) erhoben werden. Entgegen der laufenden Debatte über Artikel 16 GG kann auch die Idee vorgebracht werden, daß die Aus- bzw. Einwanderung zum elementaren Recht des Menschen gehören.

"DIE BRÜCKE e.V.", Riottestraße 16, 6600 Saarbrücken 3

PROTEST GEGEN DEN ALLTÄGLICHEN RASSISMUS

Die folgenden Brieftexte hat die Antirassistische Initiative von der Eltergruppe Schwarzer Kinder bekommen. Wir finden, daß hier der ganz alltäglichen Rassismus mal wieder sehr deutlich wird.
Wir fordern Euch auf, die Protestaktionen zu unterstützen und auch die Briefe so oder so ähnlich möglichst mit einer Unterschriftenliste (so der Vorschlag der Elterngruppe) an Oetker und die Duden-Redaktion zu schicken.

An die Redaktion des Duden-Wörterbuches
Postfach 311
W-6800 Mannheim

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind empört darüber, daß auch in der Neuauflage des Dudens das Wort „Neger" unreflektiert aufgeführt ist.
Immer wieder erleben wir es, daß der Duden als Rechtfertigung für die Anwendung dieser Bezeichnung Menschen schwarzer Hautfarbe herangezogen wird.
Wir weisen Sie hiermit auf die Negativbesetzung dieses Wortes hin und fordern Sie auf, Ihren rassistischen Wortschatz zu ändern.
Siehe auch: Farbiger, Mohr, Mulatte etc.

Als Lektüre zu diesem Thema empfehlen wir:
"Farbe bekennen", hrsg. von K. Oguntoye, M. Opitz, D. Schultz
"Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan" von P. Schütt
Spiegel 52/45., S. 56-58

In Erwartung einer Stellungnahme verbleiben wir
mit freundlichen Grüßen

Firma
Dr. A. Oetker
W-4800 Bielefeld 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Empörung haben wir festgestellt, daß von Ihnen ein Eis mit der Bezeichnung „14 kleine Negerlein" angeboten wird.
Wir wollen Sie auf die negative Assoziation des Wortes „Neger" bzw. „Negerlein" in Bezug auf Menschen schwarzer Hautfarbe hinweisen.
Besonders in Zeiten zunehmenden Rassismus und Nationalismus ist die Bezeichnung eines mit Schokolade überzogenen Eises als „Negerlein" völlig unangebracht.
Wir fordern Sie auf, dieses Eis aus Ihrem Sortiment zu nehmen bzw. unter anderem Namen anzubieten.

In Erwartung einer Stellungnahme verbleiben wir
mit freundlichen Grüßen

Kontaktadresse:
Elterngruppe Schwarzer Kinder
c/o Selbsthilfe- Kontakt- und Beratungsstelle
Wilsnacker Str. 41
W-1000 Berlin 21

BERATUNGSSTELLEN FÜR FLÜCHTLINGE UND IMMIGRANTiNNEN
(eine Auswahl)

Amnesty International
Pacelliallee 61
1000 Berlin 33
Tel.: 8311046
Mo. und Do. 18-20 Uhr

Asyl e.V.
c/o Thomas Weißbecker-Haus
Wilhelmstr. 9
1000 Berlin 61
Tel.: 2512277
Mo. und Do. 16-20 Uhr, Mi. 10-13 Uhr

AWO-Flüchtlingsberatung
Eisenacher Str. 78
1000 Berlin 62
Tel.: 7827563
Mo. und Do. 14-16 Uhr, Mi. 11-14 Uhr

BAOBAB
Winsstr. 53
O-Berlin 1055, Prenzlauerberg

Kirchengemeinde zum Heiligen Kreuz
Beratungsstelle
Nostizstr. 6-7
1000 Berlin 61
Tel.: 6912007

KUB
Kontakt- und Beratungsstelle
für außereuropäische Flüchtlinge
Oranienstr. 159
1000 Berlin 61
Tel.: 6149400
Mo. 10-14 Uhr nur für Frauen
Mi. 10-18 Uhr, Do. und Fr. 10-14 Uhr

DAS ZAG KÖNNT IHR HIER UND DA UND DORT BEKOMMEN – ABER GANZ BESTIMMT BEI:

ADA, Reichenberger Straße 63 A, W-1000 Berlin 36, Tel.: 618 92 72
Antiquariat, Oranienstraße 45, W-1000 Berlin 61
Antirassistische Aktion an der FU, Info-Café (Raum L 25/15 in der FU „Silberlaube", nahe EWI-Bibliothek), Tel.: 838 36 51
Antirassistisches Zentrum im AStA der TU, Marchstraße 6, W-1000 Berlin 12, Tel.: 31 42 10 41
AStA der FHSS (Alice-Salomon-Fachhoschschule), Karl-Schrader-Straße 6, W-1000 Berlin 30
AStA der FU, Kiebitzweg 23, W-1000 Berlin 33
Aurora, Buchhandlung und Auslieferung, Knobelsdorffstraße 8, W-1000 Berlin 19
Bandito Rosso, Lottumstraße 10a, O-1054 Berlin
BAOBAB, Winsstraße 53, O-1055 Berlin, Tel.: 436 94 51
Buchladen im BAZ, Oranienstraße 159, W-1000 Berlin 61
Buchladen im Haus am Köllnischen Park, Am Köllnischen Park, O-1054 Berlin
Buchladen O 21, Oranienstraße 21, W-1000 Berlin 36
Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a, W-1000 Berlin 61
Copy Proppy, Gneisenaustraße 113, W-1000 Berlin 61
Ex, Gneisenaustraße 2a, W-1000 Berlin 61
Infoladen Lunte, Weisestraße 53, W-1000 Berlin 44
Mehlwurm, Vollkornbäckerei, Pannierstraße 2, W-1000 Berlin 44
Paul-Schneider-Haus (Café im Keller), Schönwalder Straße 23, W-1000 Berlin 20
Rat und Tat, Liebenwalder Straße 16, W-1000 Berlin 65
VHS Kolleg Schöneberg, Nürnberger Straße 63, W-1000 Berlin 30

WENN IHR DAS **ZAG (ZEITUNGSPROJEKT ANTIRASSISTISCHER UND ANTIFASCHISTISCHER GRUPPEN)** REGELMÄßIG IN EUREM BRIEFKASTEN HABEN WOLLT, FÜLLT DEN SCHNIPSEL AUS UND SCHICKT IHN AN: ***ANTIRASSISTISCHE INITITATIVE E.V.***
C/O FABRIK OSLOER STRASSE
OSLOER STRASSE 12 · 1000 BERLIN 65

Pro Heft: DM 2,– Spende bzw. soviel oder sowenig, wie Ihr spenden könnt (lest aber vorher bzgl. unserer finanziellen Situation bite, bitte das Vorwort dieser Ausgabe!).

Versandkosten müßt Ihr auf jeden Fall zahlen:
bis 2 Ex. .... DM 1,–
bis 5 Ex. .... DM 2,–
bis 10 Ex. .... DM 3,–
bis 20 Ex. .... DM 5,–
über 20 Ex. .... DM 7,–

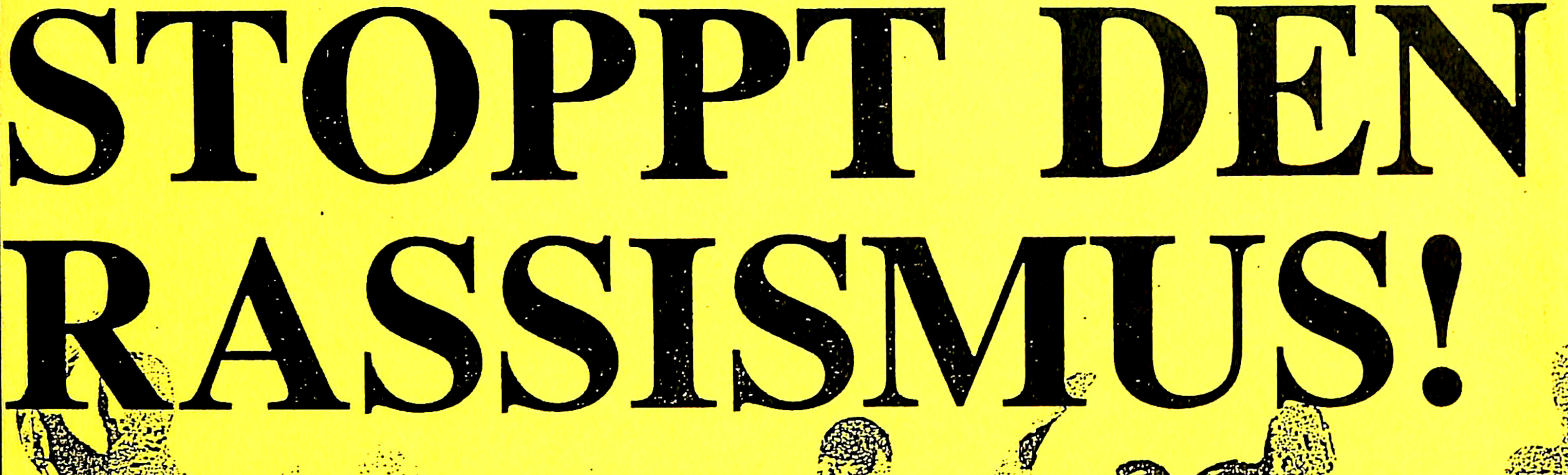
Ihr könnt uns den jeweiligen Betrag in Briefmarken schicken, in Scheinen oder auf unser Konto überweisen:
Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
Keithstraße 2 · 1000 Berlin 30
Stichwort ZAG
BLZ 100 20 500 · Kontonummer 30 39 600

✂ -

Ich will/Wir wollen das ZAG ab sofort und sagen, wenn wir's nicht mehr wollen.
○ Geld/Briefmarken für die vier Ausgaben 1992 liegt bei
○ Geld wird auf der Stelle auf's Konto überwiesen

Adresse: ....

....





VERFOLGERSTAAT DEUTSCHLAND

Flüchtlinge und Immigrant/innen folgen dem geraubten Reichtum ihrer Länder und kommen in die Bundesrepublik.

Hier sehen sie sich mit einer Woge des Rassismus konfrontiert: Brutale Überfälle in Ost und West, immer neue Vorschläge von Politikern, wie man sie am besten interniert und am schnellsten wieder los wird, begleitet von täglich neuen Diffamierungen in millionenfacher Auflage. Angriffe, Hetze und die Abschaffung ihrer Menschenrechte per Gesetzesänderung ergänzen, bedingen und verstärken sich gegenseitig.

Die Selben, die mit der Asyldebatte den Rassismus schüren, lassen rechtsradikale Schläger gewähren. Sie weinen Krokodilstränen um die Opfer, fordern im gleichen Atemzug deren Konzentration in Sammellagern, maßen sich immer noch an, willkürlich über die Asylsuchenden zu verfügen.

Das Recht der Flüchtlinge, ihren Aufenthalt frei zu bestimmen, muß endlich durchgesetzt werden.

KEINE INTERNIERUNG
KEINE ABSCHIEBUNGEN



Antirassistisches Zentrum
c/o AStA der TU Berlin, Marchstr. 6, 1000 Berlin 10 Tel. 030-314 21041 Spendenkonten: Antirassische Initiative e.V., Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto 303 96 00, Stichwort "Bleiberecht!" oder Sonderkonto T. Lehmann, Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10, Konto 198-100, Stichwort "Bleiberecht!"